

N i e d e r s c h r i f t

**der 30. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
28.02.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal
Markplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 14:05 Uhr bis 16:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	anwesend bis 16:10 Uhr
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Wolfgang Kupke	CDU	anwesend ab 14:54 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	anwesend bis 16:05 Uhr
Herr Frank Sänger	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 15:15 Uhr
Herr Hendrik Lange	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Die Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Die Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Die Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Die Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Die Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Die Linkspartei. PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	Die Linkspartei. PDS	anwesend ab 14:30 Uhr
Frau Heidrun Tannenberg	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	anwesend ab 14:11 bis 16:00 Uhr
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	anwesend ab 16:11
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	anwesend bis 16:10 Uhr
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE	

Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Herrn Dirk Neubauer	WIR. FÜR HALLE.
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE. anwesend ab 14:35 Uhr
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Tom Wolter	MitBürger
Frau Andrea Machleid	NPD
Herr Eberhard Doege	BG
Herr Egbert Geier	BG
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Frau Stein-Meier	Gast/Praktikantin

Entschuldigt fehlen:

Herrn Gernot Töpfer	CDU
Herr Uwe Heft	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Wilfried Fuchs	FDP
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Herr Mathias Weiland	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu **Einwohnerfragestunde**

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald B a r t l**.

Frau Dengler trug vor, sie bemühe sich als Schwerbehinderte seit Jahren, Arbeit zu bekommen. Sie machte die Fraktion der CDU darauf aufmerksam, dass sie sich an den Schwerbehindertenbeauftragten der Stadt Halle (Saale) in dieser Angelegenheit gewandt habe, von dem sie bisher aber keine Antwort erhielt.

Sie fragte weiter, warum die Stadt ständig Zivilklage gegen sie führe.

Auf Anfrage **von Herr Bartl** antwortete **Frau Dengler**, dass ihr Vorgetragenes nur zur Kenntnis genommen werden solle.

Herr Embacher erklärte, wenn es heute zu dem Entschluss des Ersatzneubaus der Schwimmhalle „Robert Koch“ kommen sollte, dann wolle er sich bei allen bedanken, die dafür gekämpft und gestimmt haben.

Dennoch würden sich für ihn folgende Fragen ergeben:

1. Wenn sich die Stadt dazu mit aller Konsequenz bekennt, dann wäre es wichtig, dass bei der weiteren Vorgehensweise eine Fachgruppe aus Spezialisten und Verantwortlichen gebildet werde, die Fehler vermeiden könne. Die Vertreter des Olympiastützpunktes, des Landesschwimmverbandes, des Schwimmausschusses und Herrn Doege von der Stadtverwaltung wären eine nachvollziehbare Besetzungsmöglichkeit.
Ist diese Notwendigkeit schon bedacht worden und wird diese Besetzung für gut befunden?
2. Durch die Gespräche mit dem parlamentarischen Staatssekretär Dr. Christoph Bergner und die Veröffentlichungen in den regionalen Medien entsteht der Eindruck, dass es bei dem Prozedere der Fördermittelbeantragung bei Bund und Land Unklarheiten innerhalb der Stadt Halle in Bezug auf Inhalt und zeitliche Abläufe gibt.
3. Wann wird dieser Antrag eingereicht, oder, was steht dem im Wege, diesen ordnungsgemäßen Antrag bis zum Freitag in einer Woche einzureichen?

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, griff den Vorschlag zur Bildung einer Fachgruppe auf. Er werde deshalb in Kürze auf Herrn Embacher zugehen.

Der Antrag auf Fördermittel wurde bereits beim Land gestellt. Kurzfristig müsse nur noch die heutige Beschlusslage nachgereicht werden. Gegenwärtig werde bis Ende März das Zahlenwerk zur Leistungsstufe III aus der Anpassung des erworbenen Typenprojektes aus Leipzig für die Belange hier in Halle als Trainingsschwimmhalle erarbeitet. Sobald die Daten vorliegen, werde sie dem Land zum Antrag nachgereicht.

Frau Mehlis sprach die Schließzeiten der Schwimmhalle „Robert Koch“ an und fragte, wann die Stadtverwaltung den Plan für die Verteilung der restlichen zur Verfügung stehenden Hallenzeiten vorlegt, damit für die betroffenen Vereine und Institutionen Planungssicherheit und Schadensbegrenzung möglich wird.

Herr Doege verwies auf ein Gespräch mit Vertretern des Schwimmsportes. Dort wurde festgelegt, bis zum 31. März 2007 entsprechende Vorstellungen auszuarbeiten. Danach werde der Schwimmsport informiert.

Frau Kramme fragte, ob sie ihren Reha-Schwimmsport in der Robert-Koch-Schwimmhalle bis Ende des Jahres und darüber hinaus weiter führen könne, oder ob eine Versetzung des Reha-Schwimmsports in eine andere Einrichtung angedacht sei.

Herr Doege antwortete, dass er im Detail nichts sagen könne. Mit der Verlagerung der Schwimmzeiten aus der Robert-Koch-Schwimmhalle in anderen Hallen-Bäder der Stadt werde versucht, alle Belange des Schwimmsportes in angemessener Form zu berücksichtigen. Sicherlich werde es zu bestimmten Einschränkungen kommen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verpflichtete **Herrn Dirk Neubauer** auf der Grundlage des § 51 der GO LSA als nachgerückter Stadtrat.

Herr Bartl teilte mit, dass **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** und einige **Stadträtinnen und Stadträte** die Sitzung vorzeitig verlassen werden, da sie an der feierlichen Verabschiedung des 81. Verteidigungsbezirkskommandos in der Dorothea-Erxleben-Kaserne teilnehmen werden.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 30. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald B a r t l**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 42 Mitglieder des Stadtrates (73,68 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat von der Tagesordnung **abzusetzen**:

*TOP 5.2 Änderung der Hauptsatzung/Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/06253*

Ein **Änderungsblatt** liegt vor zum:

**TOP 5.5 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Konsolidierung des Haushaltes" - Stellungnahme
Vorlage: IV/2006/06168**

Zu dem **TOP 5.8** liegen **zwei Änderungsanträge** vor:

**TOP 5.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – zur Beschlussvorlage „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben“ (Vorlage: IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06308**

**TOP 5.8.2 Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) – zum TOP 5.8 „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben“ (Vorlage: IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06324**

Austauschblätter liegen vor für:

**TOP 5.10 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 neues theater/schauspiel halle
Vorlage: IV/2006/06145**

**TOP 8.4 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu linksextremen Gruppen in Halle
Vorlage: IV/2007/06276**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bat **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** die Auswertung des Treffens mit den Oberbürgermeistern aus Dessau und Magdeburg auf die Tagesordnung zu nehmen.

Herr Bartl bat um Abstimmung zur geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt.

Einwohnerfragestunde

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Feststellung der Tagesordnung**
- 3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.01.2007**
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 31.01.2007 gefassten Beschlüsse**
- 5. Vorlagen**
 - 5.1. Grundsatzbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau Schwimmhalle Robert-Koch-Straße"
Vorlage: IV/2006/06202**
 - 5.2. Änderung der Hauptsatzung/Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/06253 **abgesetzt****
 - 5.3. Bericht des Landesrechnungshofes zur Prüfung mit dem Schwerpunkt "Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit einer außergerichtlichen Vergleichszahlung" - Stellungnahme
Vorlage: IV/2006/06172**
 - 5.4. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Gewährleistung des Beteiligungsmanagements einschließlich der Prüfung in ausgewählten Unternehmen"
Vorlage: IV/2006/06183**
 - 5.5. Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Konsolidierung des Haushaltes" - Stellungnahme
Vorlage: IV/2006/06168**
 - 5.6. Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004 (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884)
Vorlage: IV/2007/06218**
 - 5.7. Förderung der Vereinigung Kommunale Kultur Halle e. V. zum Betreiben des Soziokulturellen Zentrums (SKZ) "Pustebblume" Halle-Neustadt im Jahr 2007 sowie Schließung des SKZ "Sonnenblume" Heide-Nord zum 31.12.2007.
Vorlage: IV/2006/05793**
 - 5.8. Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben
Vorlage: IV/2006/05839**

- 5.8.1 **Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nummer:IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06308**
- 5.8.2 **Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.8 - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage-Nr.: IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06324**
- 5.9. **Sanierung des Roten Turms
Vorlage: IV/2006/05988**
- 5.10. **Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 neues theater/schauspiel halle
Vorlage: IV/2006/06145**
- 5.11. **Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2005 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2006/06143**
- 5.12. **Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/06189**
- 5.13. **Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06248**
- 5.14. **vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk - Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06127**
- 5.15. **vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk - Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06129**
- 5.16. **Änderung des Geltungsbereiches des künftigen Bebauungsplanes Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell
Vorlage: IV/2006/06106**
- 5.17. **Satzung über die erstmalige Verlängerung der Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell
Vorlage: IV/2006/06107**
6. **Wiedervorlage**
- 6.1. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06238**

- 6.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06260
- 6.2. **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Auftragserteilung an die BMA**
Vorlage: IV/2006/06166
- 7. **Anträge von Fraktionen und Stadträten**
 - 7.1. **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität - zur Umbesetzung eines Mitglieds der Fraktionsgemeinschaft im Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
Vorlage: IV/2007/06298
 - 7.2. **Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes**
Vorlage: IV/2007/06258
 - 7.3. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative FamilienPass**
Vorlage: IV/2007/06270
 - 7.4. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Stadtmuseum**
Vorlage: IV/2007/06279
 - 7.5. **Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen**
Vorlage: IV/2007/06280
 - 7.6. **Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring**
Vorlage: IV/2007/06282
 - 7.7. **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle**
Vorlage: IV/2007/06285
 - 7.7.1 **Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle (Vorlage:IV/2007/06285)**
Vorlage: IV/2007/06327
 - 7.8. **Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06296
 - 7.9. **Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prioritätenliste für Investitionsobjekte**
Vorlage: IV/2007/06289

- 7.10. Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Durchsetzung "persönlicher Ansprechpartner" für SGB II-BezieherInnen im Leistungsbereich der ARGE
Vorlage: IV/2007/06292**
- 8. Anfragen von Stadträten**
- 8.1. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Umsetzungsstand "Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt" aus dem Planspiel Kommunalpolitik
Vorlage: IV/2007/06233**
- 8.2. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Stand der Vermietung der Läden am Riebeckplatz
Vorlage: IV/2007/06295**
- 8.3. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex Auswirkung der Fusion SK und MQ auf den Gebäudebestand des SK in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06297**
- 8.4. Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu linksextremen Gruppen in Halle
Vorlage: IV/2007/06276**
- 8.5. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitragserlass von Betreuungsgebühren in Kindertagestätten
Vorlage: IV/2007/06269**
- 8.6. Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema - Parken in der Paul-Suhr-Straße -
Vorlage: IV/2007/06281**
- 8.7. Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Stadtmuseum
Vorlage: IV/2007/06290**
- 8.8. Anfrage der Stadträtin Isa Weiß - CDU - zum Abschluss von Altersteilzeitverträgen in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06273**
- 8.9. Anfrage des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Befahrung der Brücke über den Riebeckplatz durch Lkw
Vorlage: IV/2007/06284**
- 8.10. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Bewerbung "Stadt der Wissenschaft"
Vorlage: IV/2007/06291**
- 8.11. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Ermittlung finanzieller Auswirkungen bei Schulfusionen
Vorlage: IV/2007/06293**
- 8.12. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zum Leerstand von Schulgebäuden und Folgekosten
Vorlage: IV/2007/06294**

- 8.13. Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Situation im Ausbildungsbereich von Schulabgängern
Vorlage: IV/2007/06301**
- 8.14. Anfrage der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung des Modells "Bürgerarbeit"
Vorlage: IV/2007/06286**
- 8.15. Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenberg und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - zur Bleiberechtsregelung
Vorlage: IV/2007/06287**
- 8.16. Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur städtebaulichen Entwicklung im WK 2 in Heide-Nord
Vorlage: IV/2007/06288**
- 9. mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 11. Anträge auf Akteneinsicht**

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 31.01.2007 gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende des Stadtrates gab den Inhalt des in nichtöffentlicher Sitzung am 31.01.2007 gefassten Beschlusses bekannt:

**zu 3.2 FB 66-L-05/2006 Rahmenvertrag für die Reinigung von Straßenabläufen
Vorlage: IV/2006/06178**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, den Zuschlag an die Fa. HASTRA-Service GmbH aus Halle (Saale) mit einer Bruttosumme von 532.707,07 EUR zu erteilen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies die Mitglieder des Stadtrates auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 31 GO LSA hin. Bei Verstößen werde dies als Ordnungswidrigkeit geahndet.

zu 5 Vorlagen

**zu 5.1 Grundsatzbeschluss und Baubeschluss "Ersatzneubau Schwimmhalle Robert-Koch-Straße"
Vorlage: IV/2006/06202**

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, verwies auf eine Veränderung in der Begründung. Im neuen Objekt sind Räume für die Physiotherapie, Umkleide- und Sanitärräume usw. eingeplant. Der Nutzer des alten Gebäudes, der Olympiastützpunkt (OSP), werde aber nicht aufgeführt.

Herr Doege, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, erläuterte, dass einvernehmlich mit dem OSP die Unterbringung geregelt sei; aber nicht zwangsläufig in der Schwimmhalle.

Er bat, die Beschlusslage nicht mit Punkten zu belasten, die mit dem Schwimmsport nur administrativ etwas zu tun hätten.

Herr Weihrich und Herr Neubauer, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, betonten die Notwendigkeit der Schwimmhalle. Aber sie können der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Die Stadt kann sich wegen der desolaten Haushaltsituation die Schwimmhalle nicht leisten und sie denken, dass der Beschluss durch die Kommunalaufsicht beanstandet werde. Es stehe bis jetzt nicht fest, ob die Stadt Fördermittel bekommt und was an Kosten entsteht.

In der Begründung ist von Netto-Kosten die Rede, obwohl es eine Brutto-Planung sein müsste.

Herr Krause, Fraktion der SPD, erläuterte im Namen seiner Fraktion, dass sie der Vorlage zustimmen werden, auch wenn die Finanzierung noch nicht sicher sei.

Herr Misch, Fraktion der CDU, bezog sich auf seine Anfrage vom Jahr 2003 zur Schwimmhalle. Damals wurde schon gesagt, dass die Schwimmhalle wirtschaftlich nicht mehr instand zu halten sei und eine neue Schwimmhalle gebaut werden müsse. Es wurde auch keine Prioritätensetzung vorgenommen und deshalb sollte heute im Rahmen der Prioritätensetzung der Vorlage zugestimmt und andere Vorhaben im Haushaltsentwurf gestrichen werden.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte Bedenken zur Vorlage, weil auf der einen Seite wegen der prekären Haushaltslage die öffentlichen Bäder zu schließen seien und auf der anderen Seite für die Sportvereine eine neue Schwimmhalle gebaut werden soll. Ihm sei nicht klar, woher die finanziellen Mittel der Stadt kommen sollen und fragte, ob die Schwimmhalle auch gebaut wird, wenn die Stadt keine Fördermittel bekommt.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, stimmte **Herrn Prof. Schuh** zu. Die Stadtverwaltung solle ernsthaft über die Schließung der öffentlichen Bäder nachdenken. Es sei das erste Mal, dass der Stadtrat überhaupt eine Priorität setzt. Jeder, der heute zustimmt, sollte aber wissen, dass die Gefahr besteht, wenn die Stadt keine Fördermittel bekommt, sie die komplette Investitionssumme allein tragen müsse. Dies habe in den Folgejahren Einfluss auf die Umsetzung möglicher weiterer Maßnahmen der jetzt schon beschlossenen Investitionsplanung 2006.

Trotz der schwierigen Finanzierung plädierte er dafür, der Vorlage zuzustimmen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler erklärte, dass erst ausgeschrieben werde, wenn die Bescheide für die Fördermittel da sind. Die Finanzierung sei zustande gekommen, weil der Fördermittelantrag bereits gestellt wurde. Die Kommunalaufsicht hat mitgeteilt, dass aus den Verkäufen, die im Laufe des Jahres durch die Stadt getätigt werden, wichtige Vorhaben finanziert werden können. Dies würde aufgehen, wenn es gelänge, die Konsolidierung darzustellen, d. h. wenn im Jahre 2009 der Verwaltungshaushalt ausgeglichen sein würde. Die Stadt müsse dann nur noch entscheiden, für was die Gelder ausgegeben werden sollen.

Herr Doege stimmte den Worten von **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** zu. Auf die Anfrage von Herrn Weirich betreffend Netto-Mittel antwortete er, dass die Bäder als Betriebe gewerblicher Art geführt werden und damit vorsteuerabzugsberechtigt seien.

Herr Dr. Meerheim verwies auf den 3. Punkt der Vorlage, die notwendigen Haushaltsmittel für 2007 zur Verfügung zu stellen sowie die Bundes- und Landesmittel zu beantragen. Damit ist der dazu parallel veröffentlichte Zeitplan hinfällig, denn laut Aussage des Bundesinnenministeriums sind für 2007 keine Mittel vorgesehen und für 2008 liege noch keine Beschlussfassung vor. Diese werden gemeinsam mit dem deutschen olympischen Sportbund erst Ende 2007 für 2008 beraten und bekannt gegeben. Insofern bestehe immer noch das Risiko, dass die Mittel durch die Stadt vorfinanziert werden müssen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler entgegnete, sie habe sich zur Vorfinanzierung nicht geäußert.

Herr Doege verwies auf seine Ausführungen im Finanzausschuss. **Herr Dr. Meerheim** habe mit seiner Ungewissheit Recht. Bei allen Förderprojekten im investiven Bereich müsse mit

den Fördermittelgebern verhandelt werden, ob interne Verschiebungen der Zeitschiene möglich sind. Hierzu müsse es die grundsätzliche Erklärung der Fördermittelgeber geben. Der Verwaltung sei hierzu die erforderliche Zeit zu gewähren.

Herr El-Khalil bat, die Bedeutung des Schulschwimmsportes nicht zu vergessen. Dieser ist für die Stadt eine Pflichtaufgabe.

Herr Hajek, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, betonte, dass die Schwimmhalle Bestandteil für den Schul- und Breitensport sei. Laut Beschluss des Stadtrates sind die Sportgymnasien in die Trägerschaft der Stadt zu übernehmen. Hierzu gehört außer der Turnhalle, dem Internat und der Schule auch eine Schwimmhalle. In der heutigen Vorlage sehe er eine Chance für den Sport.

Herr Weihrich stellte klar, es ginge überhaupt nicht um die sportliche Notwendigkeit, sondern um Formalitäten. Sind Gelder zur Realisierung der Maßnahme vorhanden, werde auch niemand gegen den Beschluss stimmen.

Herr Doege antwortete, dass der Fördermittelantrag erst bearbeitet werde, wenn der Grundsatzbeschluss des Rates vorliegt.

Herr Prof. Schuh erinnerte daran, dass dies von Seiten der Verwaltung immer so gehandhabt wurde.

Herr Doege entgegnete, dass die Verwaltung Verwaltungsvorschriften unterlegen sei, wonach der Fördermittelgeber nach einem Beschluss verlange. Ansonsten erfolge keine Bearbeitung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Der Stadtrat beschließt die Planung und Errichtung eines Ersatzneubaus der Schwimmhalle Robert-Koch-Straße als Zweckbau für Sportschwimmen.**
 - 2. Der Stadtrat beschließt die Ausführung zum frühestmöglichen Zeitpunkt (Baubeschluss).**
 - 3. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die notwendigen Haushaltsmittel in den Haushalt 2007 ff. einzustellen und die Bundes- und Landesmittel gemäß Finanzierungsplan zu beantragen.**
-

**zu 5.2 Änderung der Hauptsatzung/Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse
des Stadtrates sowie Regelung der Nachtragsinformation an den
Vergabeausschuss
Vorlage: IV/2007/06253**

Beschlussvorschlag:

1. *Der Stadtrat beschließt zur Klarstellung die Ergänzung der Hauptsatzung
unter § 6 (1) Punkt 5 wie folgt:
„die Vergabe von Bauleistungen (VOB) und Nachträgen...“

und unter § 6 (5) Punkt 1 wie folgt:
„Vergaben städtischer Aufträge sowie Nachträge,...“

sowie die Ergänzung der Zuständigkeitsordnung der Ausschüsse des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale) unter*
 3. *Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach VOB, VOL
und HOAI Entscheidungsbefugnisse
Pkt. 1 wie folgt: „Vergaben städtischer Aufträge sowie Nachträge,...“*
 2. *Der Vergabeausschuss wird regelmäßig mindestens vierteljährlich über die
Realisierung der vergebenen Aufträge (inkl. der Nachträge) informiert.*
-

Abstimmungsergebnis:

a b g e s e t z t

**zu 5.3 Bericht des Landesrechnungshofes zur Prüfung mit dem Schwerpunkt "Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit einer außergerichtlichen Vergleichszahlung" - Stellungnahme
Vorlage: IV/2006/06172**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Landesrechnungshofes zur Prüfung mit dem Schwerpunkt „Ordnungsmäßigkeit und Rechtmäßigkeit“ wird zugestimmt.

**zu 5.4 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Gewährleistung des Beteiligungsmanagements einschließlich der Prüfung in ausgewählten Unternehmen"
Vorlage: IV/2006/06183**

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN – MitBürger, betonte, dass viele Punkte aus dem Rechnungsprüfungsausschuss offen seien, die das Verhältnis zwischen Rat und Verwaltung betreffen. Er werde der Vorlage nur unter der Maßgabe zustimmen, wenn die noch offenen Punkte im Rechnungsprüfungsausschuss umfangreich diskutiert werden.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, sagte, dass die Stellungnahme der Verwaltung zu dem Landesrechnungshofbericht nicht ausreichend sei. Es fehle der konkrete Inhalt, das Ziel und der Termin, wann die Prüfungen abgeschlossen sein werden.
Aus diesem Grund werde sich ihre Fraktion der Stellungnahme nicht anschließen.

Frau Tannenberg, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sprach ebenfalls die nicht ausreichenden Vorbereitungen der Verwaltung an. Sie bemängelte die schlechte Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Stadtrat.
Aus diesem Grunde werden die offenen Punkte nochmals auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Gewährleistung des Beteiligungsmanagements einschließlich der Prüfung in ausgewählten Unternehmen“ wird zugestimmt.

**zu 5.5 Überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt "Konsolidierung des Haushaltes" - Stellungnahme
Vorlage: IV/2006/06168**

Frau Weiß, Fraktion der CDU, erläuterte, dass der Landesrechnungshof das unwirtschaftliche Handeln der Verwaltung und des Stadtrates kritisiert habe. Auf die Kritik zur Entwicklung der Kassenkredite, des fehlenden Schuldenmanagements, der Ausgliederung des Bereichs der Haushaltskonsolidierung, die fehlenden Fachkonzepte und Aufgabenkritik wurde nicht ausreichend in der Stellungnahme der Verwaltung an den Landesrechnungshof eingegangen.

Aus diesem Grund werde ihre Fraktion der Stellungnahme nicht zustimmen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stellungnahme der Verwaltung zum Bericht des Landesrechnungshofes über die überörtliche Prüfung der Stadt Halle (Saale) mit dem Schwerpunkt „Konsolidierung des Haushaltes“ wird zugestimmt.

**zu 5.6 Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004 (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884)
Vorlage: IV/2007/06218**

Auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD erfolgt ein wortwörtliches Protokoll.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler

„Wir haben den Tagesordnungspunkt beim letzten Mal vertagt auf die heutige Sitzung, weil wir unterschiedliche Rechtsauffassung dazu hatten, ob man den Beschluss teilweise in dieser Weise fassen kann, wie wir es hier vorgelegt haben. Wir haben uns jetzt beim Landesverwaltungsamt dazu eine Stellungnahme eingeholt. Sie bestätigen, dass wir es so machen können und deswegen denke ich, können wir heute so verfahren.“

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren. Frau Häußler ich verstehe Sie nicht. Sie kennen die Sachlage. Sie wissen, wir haben in dem einen Punkt, der zur Enthaltung, zur teilweisen Nichtentlastung geführt hat, inzwischen Aufklärung erhalten, d. h. also die Frage der Vergleichszahlung an den Beigeordnetenmitbewerber, da sind die Zweifel ausgeräumt. Da könnte man im Prinzip jetzt so etwas auch machen. Der andere Punkt läuft. Wir haben Akteneinsicht beantragt. Jetzt kommen Sie hier mit einem Papier. Erstens mal mit dem Ansinnen überhaupt, dass wir plötzlich, was wir noch nie gemacht haben, einen Beschluss teilweise aufheben. Wir sind bisher immer so verfahren, ein Beschluss muss aufgehoben werden und kann dann in neuer Variante anders wieder gefasst werden. So sind wir bisher immer verfahren. Jetzt kommt hier ein Herr Lüders. Ich weiß nicht wer es ist. Kennen Sie den? Inwiefern hat dieser Herr Prokura für die Kommunalaufsicht in solchen Angelegenheiten. Das müssten Sie bitte erklären, weil das hier überhaupt aus nichts hier hervorgeht. Hier steht zwar Referat Kommunalaufsicht, aber, ob das der Referatsleiter ist, oder ob das so das kleinste Licht ist, weiß ich nicht. Und, Frau Häußler, Sie haben die Daten oben stehen lassen. Hier steht 14. Februar als Abgangsdatum von Herrn Lüders, 21. Februar als Eingangsdatum offensichtlich in der Verwaltung und heute bekommen wir das als Tischvorlage, um uns mit dieser Meinung auseinandersetzen zu können. Das halte ich für wirklich ein richtig ausgemacht schlechten Stil.

Und wenn ich geneigt wäre, Ihrem Ansinnen nachzugeben, danach nun schon nicht mehr. Zumal, das steht auch in dem Schreiben drin, wenn man es denn nun werten muss, also vielleicht sagen Sie noch dazu, wer Herr Lüders ist. Hier steht drin, auf Seite 2 unter zweitens, die Bestätigung der Jahresrechnung und die Entlastung der Oberbürgermeisterin sind nach allgemeiner Auffassung politische Entscheidungen mit denen der Stadtrat die Verantwortung für die Haushaltskassen und Rechnungsführung mit übernimmt. Also, um das geht es und um nicht mehr. Wenn wir Akteneinsicht machen in einem Fall, der noch virulent ist, und hier noch ein Papier bekommen, wo noch irgendein Kommentator, den ich bisher noch nicht werten möchte, sagt, genau das, was wir immer gesagt haben: Es ist ein deklaratorischer Akt, der hat keine direkte Rechtswirkung. Außer, dass wir uns sozusagen, na ja, einverstanden erklären mit all dem, was gelaufen ist. Und wenn wir Ausnahmen erklärt haben, die Verfahren nicht abgeschlossen sind, wie können Sie eigentlich auf die Idee kommen, dass wir dann heute anderer Meinung sein können, als beim letzten Mal. Hätten Sie die ganze Zeit nach dem ersten Beschluss das alles stehen lassen, hätten schon alle Leute wahrscheinlich vergessen, dass es diese Teilentlastung nicht gegeben hat. So haben wir das jeden Monat wieder auf der Tagesordnung. Was auch fraglich ist, wegen unserer internen Verfahrensweise, ob man Aufhebung von Beschlüssen immer wieder bringen kann.

Wir haben da nämlich so eine Regelung nach sechs Monaten. Wenn also eine Aufhebung eines Beschlusses nicht geklappt hat, dann wir haben wir so eine Frist von sechs Monaten oder ganz neue Sachlage, die dann erst wieder das „auf die Tagesordnung setzen“ überhaupt ermöglicht. Also, dass sind hier Verfahrensdinge und wir streiten hier um Kaisers Bart. Worum sonst, Frau Häußler? Was eigentlich ist denn Gegenstand, was wir hier tun? Wir haben diese beiden Teilaspekte offen gelassen. Einer ist erledigt. Wenn Sie wollen, kann ich heute zustimmen, bleibt nur noch einer. Müssten aber den Beschluss aufheben nach unserer Geschäftsordnungsauffassung, und, hier in dem Papier steht überhaupt keine Begründung für diese Rechtsauffassung. Überhaupt kein Verweis auf irgendwelche Kommentare oder sonst etwas. Ihr sagt einfach, ich meine, es sei so. Und das sollen wir dann glauben? Das ist dann die Wahrheit für uns. Da haben wir hier Rechtskompetenzen geschaffen. Über die Geschäftsordnung im Stadtrat entscheidet der Stadtrat in Zweifelsfällen. Bloß, weil Irgendwer irgendwelcher anderer Meinung ist und nicht auf ein Gesetz sich dabei berufen kann, werde ich meine Meinung nicht ändern.“

Frau Oberbürgermeisterin Häußler

„Herr Bönisch, jetzt bin ich aber erstaunt. Sonst kommen Sie ja immer mit den Schreiben von der Kommunalaufsicht und da hat nie Herr Leimbach oder Herr Kuras unterschrieben, sondern ein Mitarbeiter. Ihre Fraktion ist ja da ganz eifrig. Dass Sie heute den Herrn Lüders hier in Frage stellen, das tut mir leid, das ist ein Mitarbeiter der Kommunalaufsicht, der beauftragt worden ist, dieses hier zu beantworten. Aber Sie können sich bei Herrn Leimbach ja da noch mal kundig machen, ob der Herr Lüders das durfte. Ich muss mal sagen, ich nehme so ein Schreiben vom Landesverwaltungsamt ernst, wenn es an mich hier direkt geht. Und da zweifle ich nicht an, dass das dort vielleicht der Hausmeister gemacht hat, und außerdem kennen wir selbstverständlich Herrn Lüders und wissen, dass er in diesem Referat zuständig ist für diese Fragen. Erstens. Zweitens denke ich mir hier das Verfahren nicht aus. Das behaupten Sie ja jedes Mal. Vielleicht sind Sie so freundlich und machen sich mal kundig, wie das mit Widersprüchen ist gegen rechtswidrige Beschlüsse des Stadtrates. Genau nach diesem Verfahren handle ich hier und das wickle ich auch weiter so ab. Ob Ihnen das gefällt oder nicht. Und Gefühle können Sie hier nicht ausleben. Es geht hier darum, sich rechtmäßig zu verhalten. Nach meiner Rechtsauffassung, steht übrigens auch hier drin, ist der Beschluss des Stadtrates rechtswidrig. Ich sage, dass ist hier nicht behandelt worden, schon deshalb, weil die Fragestellungen, die hier offen sind, in keinem Verhältnis zu dem Gesamthaushalt stehen und die Gemeindeordnung genau dieses vorschreibt. Zweitens steht hier drin ... (*unverständlicher Zwischenruf*) ... das steht nicht hier drin. Damit haben die sich nicht auseinandergesetzt. Hier steht drin, dass der Beschluss des Stadtrates überhaupt nicht richtig begründet war und schon deshalb nicht rechtsgültig ist. Also ich hätte schon deshalb widersprechen können, weil es keine Begründung gegeben hat, die hier vorgetragen worden ist, der sich der Stadtrat in der Gänze angeschlossen hat, die dann protokolliert worden ist und dann hier ins Protokoll eingegangen ist. Das genau wird ja hier ausgeführt. Schon deshalb ist der Beschluss rechtswidrig. Schon deshalb werde ich weiter widersprechen. Wenn Sie jetzt sagen, Sie hatten zwei Dinge angeführt, das eine war das Thema Abfindung und das andere Thema war das Thema Eine-Welt-Haus. Es haben beide Verfahren im Rechnungsprüfungsausschuss Abschluss gefunden. Jetzt haben Sie erneut Akteneinsicht beantragt und nehmen damit das Verfahren wieder auf. Wenn Sie jetzt Lust haben und das noch zwei Jahre so betreiben, wird der Stadtrat dann immer dem folgen müssen und sagen müssen, dass ist ja noch nicht abgeschlossen, wir haben da doch noch eine Frage und deshalb können wir ihnen die Entlastung verweigern. Ich muss ehrlich sagen, und das habe ich schon mal gesagt, und ich wiederhole das heute hier, ich halte das für einen unseriösen Umgang mit mir als Person. Ich sage es Ihnen noch mal. Sie können sich das überlegen, ob Sie dieses Spielchen hier noch eine Weile treiben. So viel Gelegenheit ist nicht mehr. Wir haben noch zwei Stadtratssitzungen. Ich muss ehrlich sagen, ich halte Ihr Auftreten jetzt hier nicht mehr für verhältnismäßig.“

Frau Ewert, Fraktion der SPD

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren, die SPD-Fraktion hält diese Diskussion nicht mehr für eine Sachdiskussion sondern für eine parteipolitische. Nur mit dem Ziel *(ohne Tonaufnahmen - Zwischenruf und „Fingerzeig“ von Herrn Bönisch)* Herr Bönisch, nehmen Sie sich mal bitte zusammen, ja. Nehmen Sie sich mal zusammen, also, hier Leute für Verrückt zu erklären, das geht also nun wirklich zu weit. Wir können diese Meinung haben. Sie vertreten Ihre Meinung, das können wir auch. Sie wissen ganz genau, dass ist eine parteipolitische Diskussion geworden mit dem Ziel, die amtierende Oberbürgermeisterin zu beschädigen. Nach der Zeit wissen Sie ganz genau, dass das jetzt alles nicht mehr verhältnismäßig ist. Auf gar keinen Fall. Und auch Sie können sich nicht über geltendes Recht erheben. Sie wissen genau, wie die Ausführungen lauten und Sie haben die Antworten, die Sie brauchten längst bekommen. Das, was jetzt hier abgeht, das ist was ganz anderes und ich verbiete mir, Herr Bönisch, in Zukunft, dass Sie noch mal auf irgendwas, was ich sage, so reagieren. Ich bitte Sie, sich dafür zu entschuldigen.“

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

„Ein Geschäftsordnungsantrag. Herr Koehn.“

Herr Koehn, Fraktion der SPD

„Ich bitte den Vorsitzenden der CDU-Fraktion zur Ordnung zu rufen aufgrund seines ungebührlichen Verhaltens.“

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

„Über den Geschäftsordnungsantrag, dem ich so nicht Folge leisten kann, müsste ich erst abstimmen, ob ... *(ohne Tonaufnahmen – Diskussion unter den Mitgliedern des Stadtrates)* Wenn dann die Mehrheit im Stadtrat das möchte, dass ich Herrn Bönisch zur Ordnung rufe, dann mache ich das. Herr Willecke. *(ohne Tonaufnahmen – Diskussion unter den Mitgliedern des Stadtrates - Herr Bartl führte eine kurze Rücksprache mit Herrn Willecke, Fachbereichsleiter Recht)* Es gibt keine Geschäftsordnungsgrundlage dafür und ich persönlich sehe jetzt erst mal dazu keinen Anlass. Wir gehen jetzt in der Tagesordnung weiter. Frau Weiß als Nächste.“

Frau Weiß, Fraktion der CDU

„Frau Oberbürgermeisterin ich habe hier tatsächlich noch ein Problem zur Verfahrensweise. Wenn Sie tatsächlich an der Sachverhaltsaufklärung interessiert gewesen wären, dann hätten Sie dafür gesorgt, dass dieses Schreiben der Kommunalaufsicht auch rechtzeitig in die Fraktionen geht. Das Schreiben ist am 21. Februar in der Stadtverwaltung eingegangen. Wir haben heute den 28. Wir haben das heute hier auf den Tisch gelegt gekriegt. Man hatte praktisch keine Zeit, sich das vorher anzusehen. Im übrigen, Frau Ewert, hier wird eine Rechtsmeinung dargestellt. Auch wenn die von der Kommunalaufsicht kommt, ist das noch nicht geltendes Recht, das stellt dann ein Gericht fest. Und wir können auch eine andere Rechtsmeinung haben. Ich habe in dem Fall auch eine andere Rechtsmeinung. Und da kann man sich auch damit auseinandersetzen. Aber das kann man natürlich nicht, wenn man das zur Beschlussfassung untermittelbar auf den Tisch gelegt kriegt. Und wenn Sie wirklich daran interessiert sind, dass das ordentlich geklärt wird, dann sorgen Sie dafür, dass das allen rechtzeitig zugeht.“

Herr Krause, Fraktion der SPD

„Es ist schon erstaunlich, was sich hier abspielt. Ich muss sagen, zunächst mal Herr Bönisch, ich hab das auch gelesen. Sie haben es ja offensichtlich auch gelesen. Wenn Sie einfach mal ein Stückchen höher rutschen auf der Seite 2. Da steht da ganz eindeutig etwas über was ein Widerspruch gegen Teile eines Beschlusses, ob es zulässig ist oder nicht, und wird erklärt nach der Rechtsauffassung dieses Herrn, dass es zulässig wäre und darauf fußt im Übrigen auch die Beschlussvorlage der Verwaltung. Also, es ist offensichtlich, da gebe ich Ihnen Recht, eine andere Rechtsauffassung als Sie haben. Aber, wenn ich sozusagen die

Begründungsstruktur, die Frau Weiß jetzt gerade hier anbringt, aufnehme, wohlwollend aufnehme sozusagen, dann muss ich Ihnen sagen Frau Weiß, da müssen Sie aber auch akzeptieren, dass andere, wenn sie eine andere Rechtsauffassung haben, auch danach handeln. Die Frau Oberbürgermeisterin tut nichts anderes und hat gerade festgestellt, nachdem hier sozusagen das Wort gefallen ist, um des Kaisers Bart streiten. Da könnte ja eine Seite mal aufhören. Sie muss ja nach ihrer Auffassung nach Recht und Gesetz als Person handeln. Das, was hier abläuft, angesichts der Beschlusslage zum Haushalt und das, was das in Relevanz zu dem Gesamthaushalt ausmacht, verlässt es eindeutig die Verhältnismäßigkeit. Das müssen Sie doch auch sehen. So, und da kann man in sachlicher Art und Weise, wenn man an der Sache interessiert ist, nachfragen, das noch mal diskutieren. Aber deswegen grundsätzlich die Entlastung zu verweigern, das ist ein Akt, der eine Bedeutung hat und das wissen Sie auch. Da hört die Verhältnismäßigkeit auf. Noch ein Wort zu Ihnen, Herr Vorsitzender. Wenn Sie sagen, Sie können nicht den Handlungsgrundspielraum erkennen, wenn Herr Bönisch so eine Reaktion zeigt, die fasst sozusagen, na, ich will das nicht zitieren, was das sein könnte, wo ist denn da die Grenze? Wo ist die Grenze, wo Sie anfangen zu handeln? Es geht einfach nicht, wenn jemand etwas sagt und man hat eine andere Auffassung, dass man eine beleidigende Geste macht. Das muss nicht sein. Wir sind Kollegen untereinander. Wir können unterschiedliche Auffassungen miteinander haben. O. k. Aber es hat seine Grenzen. Ich möchte Sie bitten, sich dafür zu entschuldigen. Das war nicht fair.“

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

„Wir können jetzt nicht an das Gewissen des Vorsitzenden hier rühren und damit weiter Politik machen und Gräben aufreißen. Sie haben deutlich auch an den Abgeordneten Herrn Bönisch Ihre Erwartung kundgetan und Herr Bönisch hat jetzt das Wort. Ich weiß nicht, was er mit seiner Rede jetzt noch dazu sagen möchte. Bitte, Herr Bönisch.“

Herr Bönisch, Fraktion der CDU

„Eigentlich wollte ich gar nicht darauf eingehen. Aber es ist ja die Behauptung aufgestellt worden, dass ganze Agieren hier wäre rein parteipolitisch motiviert. Frau Ewert, ja, das ist Ihre Meinung und meine Meinung ist dann die. Das ist halt so. Aber, sehen Sie mal, würde jede kritische Haltung eines Mitgliedes einer Fraktion, die nicht derselben Partei angehört, wie der jeweilige Oberbürgermeister, die Oberbürgermeisterin, als parteipolitisches Handeln gedeutet, dann könnte man hier zumachen. Denn Sie haben offensichtlich nicht sehr viel Interesse daran, den Sachverhalt aufzuklären, Sie wirken ja auch nicht aktiv mit dabei. Wir machen nichts weiter als das, was wir zu tun beauftragt sind vom Wähler. Wir sind sozusagen kritische Beobachter des Verwaltungshandelns. Und wir haben einen ganz besonderen Verdacht, einen ganz bestimmten. Frau Häußler, wenn Sie das wollen, können wir das noch ganz schön ausformulieren, worum es gerade geht. Ja, Sie haben zum Beispiel sich auch nicht bemüht, dieser Nichtrechtmäßigkeit durch Nichtbegründung abzuwehren, uns darauf hinzuweisen. Wir haben es heute als Tischvorlage bekommen. Hätten wir es bekommen als Sie es hatten, als Sie es hätten uns zur Verfügung stellen können, hätten wir uns vorbereiten können, hätten heute eine solche Begründung, die Teil des Beschlusstextes sein soll, laut Papier, erstellen können, konnten wir so nicht. Also, ich bitte Sie, dass ist doch nun nicht das Umgehen miteinander, was wir hier eigentlich lange Zeit geübt haben. Formal muss es doch wenigstens stimmen! Aber, wenn Sie sich darauf berufen, dann sage ich außerdem noch, und ich zitiere das noch mal, was Sie vorhin gesagt haben, und dann kann der Rat sich überlegen, ob er das machen möchte. Hier steht eben, wenn das nun für bare Münze zu nehmen ist, was hier steht, dann steht hier unter anderem eben auch, dass wir damit die Verantwortung für die Haushaltskassen- und Rechnungsführung übernehmen. In dem Fall, der noch vakant ist, bin ich ausdrücklich nicht bereit, das zu tun. Dabei bleibe ich. Sie können das Ganze zur Abstimmung stellen. Ich werde mein Verhalten diesbezüglich nicht ändern. Ich werde den Teufel tun, in diesem Sachverhalt die Verantwortung zu übernehmen. Der Sachverhalt selbst ist noch völlig unklar und es verdichten sich sogar die Vermutungen, dass da durchaus bewusst falsch gehandelt worden ist.“

Herr Weihrich, Fraktion WIR. FÜR HALLE. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, aber ich denke, dass geht jetzt wirklich zu weit. Was Sie jetzt gerade gesagt haben, Herr Bönisch, finde ich zum großen Teil sehr unfair. Jetzt darauf hinzuweisen, Sie hätten nicht gewusst, dass man diese Nichtentlastung begründen muss, das finde ich schon stark, weil, das haben wir wirklich x-mal hier auch gesagt, dass das in der Gemeindeordnung schon steht, dass das schriftlich begründet werden muss, das dienstrechtliche Konsequenz gezogen werden muss und, und, und. Wir haben das im Rechnungsprüfungsausschuss gehabt und es war von Ihrer Fraktion keiner in der Lage, der das wirklich stichhaltig begründet hätte. Im Gegenteil es wurde sogar gesagt, dass das Ganze ja rechtmäßig wäre, nur falsch begründet wurde hier im Stadtrat. Und das sind alles Dinge, wo ich sage, wir sollten jetzt endlich den Schlusstrich ziehen. Unabhängig von dieser unterschiedlichen Rechtsmeinung, da teile ich Ihre Auffassung, ich hätte es auch für besser gefunden, den Beschluss komplett aufzuheben und einen neuen Beschluss statt dessen zu setzen, aber ich denke, da jetzt in der Sache überhaupt keine Zweifel mehr sind, sollten wir das jetzt hier beenden und ich stelle deswegen auch den **Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmung.**“

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates

„Wir stimmen jetzt über den eingebrachten Geschäftsordnungsantrag ab, Abbruch der Debatte. Wer ist dafür? Den bitte ich um sein Handzeichen. Das ist klar die Mehrheit. Dann bitte ich die Vorlage abzustimmen, 5.6, Widerspruch gegen den Beschluss des Stadtrates zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin. Wer dem so zustimmen kann, diesem Widerspruch, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. Das sieht klar nach Mehrheit aus. Gegenstimmen? Enthaltungen? Bei einigen Enthaltungen, einigen Gegenstimmen ist dem Widerspruch stattgegeben worden.“

E N D E des wortwörtlichen Protokolls.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat hebt seinen in der Sitzung am 13.12.2006 gefassten Beschluss zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004, **Beschlusspunkt 2, (Vorlage-Nr.: IV/2006/05884) insoweit auf, als die Entlastung wegen der zwei folgenden Sachverhalte nicht erteilt wurde:**
 - Förderung des Eine-Welt-Haus e. V.
 - Vergleichszahlung an einen unterlegenen Mitbewerber bei der Bestellung des Beigeordneten für Planen, Bauen und Straßenverkehr
 2. Im Übrigen erhält der Stadtrat den in der Sitzung am 13.12.2006 gefassten Beschluss zur Entlastung der Frau Oberbürgermeisterin für das Haushaltsjahr 2004 aufrecht.
-

**zu 5.7 Förderung der Vereinigung Kommunale Kultur Halle e. V. zum Betreiben des Soziokulturellen Zentrums (SKZ) "Pustebblume" Halle-Neustadt im Jahr 2007 sowie Schließung des SKZ "Sonnenblume" Heide-Nord zum 31.12.2007.
Vorlage: IV/2006/05793**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Stadtrat stimmt der Förderung der Vereinigung Kommunale Kultur Halle e. V. (VKK) zum Betreiben des SKZ „Pustebblume“ im Jahr 2007 zu.
 2. Der Stadtrat stimmt zu, dass dem Verein im Jahr 2007 ein Zuschuss von 216.400 € für Personal-, Sach-, Miet- und Betriebskosten zur Betreibung der Einrichtung gewährt wird, davon 122.900 € Mietkosten, 26.000 € für Betriebskosten und 67.500 € für die inhaltliche Arbeit (Personal- und Sachkosten).
Die VKK erhält im Jahr 2007 zusätzlich eine Einmalförderung in Höhe von 12 T € für den Umzug des SKZ „Sonnenblume“ in das SKZ „Pustebblume“. Festlegungen zur weiteren jährlichen Förderung der VKK ab 2008 erfolgen durch den Stadtrat im Monat Juli des Vorjahres.
 3. Der Betrieb des SKZ „Sonnenblume“ in Heide-Nord wird auf Grund der sinkenden Besucherzahlen, die sich durch den Abriss im Wohngebiet, den Wegzug der Anwohner und den Leerzug der Einrichtung (Allgemeiner Sozialer Dienst, Bibliothek, Konservatorium) begründen, zum 31.12.2007 eingestellt. Eine nahtlose Weiternutzung als KITA durch den GB V sieht die Planung des Stadtumbaus vor. Dadurch ergibt sich eine jährliche Einsparung ab 2008 in Höhe von 115 T €; Teile der Angebote des SKZ „Sonnenblume“ werden im SKZ „Pustebblume“ weitergeführt.
 4. Der Stadtratsbeschluss vom 26.5.1999 – Übernahme des SKZ Heide-Nord Schafschwingelweg 13 – durch die VKK wird im Einvernehmen mit dem Verein zum 1.1.2008 aufgehoben. Im Rahmen des Stadtumbaus ist der nahtlose Übergang der Nutzung des SKZ „Sonnenblume“ als KITA durch den GB V geplant.
-

- zu 5.8 Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben**
Vorlage: IV/2006/05839
- zu 5.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nummer:IV/2006/05839)**
Vorlage: IV/2007/06308
- zu 5.8.2 Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.8 - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage-Nr.: IV/2006/05839)**
Vorlage: IV/2007/06324
-

Herr Schramm, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bat im Namen seiner Fraktion um die Streichung des Absatzes 4.2 der Richtlinie. Der Kulturausschuss sei kompetent genug zu entscheiden, in welchen Teilgebieten Fördermaßnahmen ausreichen.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, wies darauf hin, dass im Kulturausschuss diskutiert und mehrheitlich beschlossen wurde, keine Stadtteil- und Straßenfeste mehr zu veranstalten. Da dieser Ausschuss kein beschließender Ausschuss sei, könne per Änderungsantrag dieser Antrag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, stellte einen mündlichen Änderungsantrag zum Änderungsantrag seiner Fraktion: *„Die Stadt Halle (Saale) als Bewilligungsbehörde entscheidet nach der Hauptsatzung der Stadt Halle und ihrer Richtlinie auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch die zuständigen politischen Gremien der Stadt Halle (Saale).“*

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um schriftliche Übergabe des mündlichen Änderungsantrages.

In der **Diskussion** wurde durch **Frau Oberbürgermeisterin Häußler** und **Frau Bürgermeisterin Szabados** gesagt, dass der Stadtrat seiner Richtlinienkompetenz nachkomme, welche beinhalte, dass die Fachausschüsse Facharbeit leisten und Empfehlungen an die Verwaltung geben. Ausnahme seien die zu beschließenden Ausschüsse. Es sei im Interesse der Stadträtinnen und Stadträte über die Vorschläge der Ausschüsse zu entscheiden.

Herr Wolter hielt den Änderungsantrag aufrecht.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sagte, dass der Änderungsantrag TOP 5.8.1 keine Änderung, sondern nur eine Umformulierung sei. Sie sehe keinen Unterschied. Den TOP 5.8.2 lehne ihre Fraktion ab, da es von den kleinen Beträgen nicht abhängt, ob ein Fest stattfindet oder nicht.

Herr Dr. Marquardt sagte zum ursprünglichen Änderungsantrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, dass dieser aus Sicht der Verwaltung abzulehnen wäre, weil die Richtlinie eine Richtlinie für das Verwaltungshandeln sei. Damit wäre der mündliche Änderungsantrag zum Änderungsantrag gegenstandslos.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, bat in dem Änderungsantrag TOP 5.8.1 statt *politische Gremien zuständige* Gremien einzufügen.

Herr Wolter bezog sich auf den Punkt 6.1 der Richtlinie und fragte, was *Abstimmung* bedeute und wo das in der Satzung stehe. Die rechtliche Formulierung sei nicht ausreichend für das Handeln des Kulturausschusses sowie für das Handeln im Rat und in der Verwaltung.

Dem formalen Akt wolle seine Fraktion Rechnung tragen, um eine korrekte Richtlinie herzustellen.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler las den Punkt 1, letzter Satz, der Richtlinie vor und bat anzufügen: *auf die Empfehlung des Kulturausschusses*.

Herr Geuther warf ein, das Details, die schon in den zuständigen Ausschüssen behandelt wurden, nicht auch noch im Stadtrat beraten werden sollten.

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, verwies auf die Zuständigkeitsordnung, dass der Kulturausschuss ein politisch zuständiges Gremium ist.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zu TOP 5.8:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben“ in der Stadt Halle (Saale).

**zu 5.8.1 Änderungsantrag des Stadtrates Mathias Weiland - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zur Beschlussvorlage "Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben" (Vorlagen-Nummer:IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06308**

Beschlussvorschlag:

1. Ziffer 1. Satz 4 der „Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben“ erhält folgenden neuen Wortlaut:

„Die Stadt Halle (Saale) als Bewilligungsbehörde entscheidet auf Grund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durch die zuständigen politischen Gremien der Stadt Halle (Saale).“

2. Ziffer 6.1. wird gestrichen, die nachfolgende Nummerierung wird angepasst.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

**zu 5.8.2 Änderungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zum TOP 5.8 - Richtlinie der Stadt Halle (Saale) über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der freien Kulturarbeit und für kulturelle Vorhaben (Vorlage-Nr.: IV/2006/05839)
Vorlage: IV/2007/06324**

Beschlussvorschlag:

Der Absatz 4 unter dem Punkt 2 - „Grundsätzlich können Medienprojekte, wie Bücher, CDs, DVDs u. ä., nicht gefördert werden. Ebenfalls nicht gefördert werden können Stadtteil- und Straßenfeste“ – ist zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

a b g e l e h n t

zu 5.9 Sanierung des Roten Turms
Vorlage: IV/2006/05988

Herr Eigenfeld, Fraktion der SPD, sprach an, dass der Rote Turm zurzeit nicht begehbar und somit nicht öffentlich sei. Er bat die Verwaltung dies bei der zukünftigen Sanierung zu berücksichtigen.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, verwies auf die Begründung der Vorlage. Zuerst werde die dringend notwendige statisch-konstruktive Sicherung mit den Sanierungsmitteln durchgeführt. Mittelfristig sei die weitere Sanierung, also auch eine Begehbarkeit des Turms, geplant. Dies stehe wieder zur Diskussion, wenn es die finanzielle Situation des Haushaltes unserer Stadt zulässt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die statisch und konservatorisch notwendige Sanierung des Roten Turms. Der für die Planungsbearbeitung verbindliche Kostenrahmen beträgt 1.167.000 €. Es besteht ein Risiko hinsichtlich der vorhandenen Bausubstanz. Dieses wird mit einem Sicherheitszuschlag von 10% bewertet. Das sind 116.700 €.

**zu 5.10 Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 neues theater/schauspiel halle
Vorlage: IV/2006/06145**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt den Bericht über die Prüfung der vorgelegten Jahresabschlussunterlagen des Wirtschaftsjahres 2004/2005 im Eigenbetrieb des neuen theater zur Kenntnis, beschließt den Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 und entlastet die Theaterleitung für das Wirtschaftsjahr 2004/2005.

 2. Der für das Wirtschaftsjahr 2004/2005 ausgewiesene Jahresverlust von 492.543,24 € wird in Höhe der Abschreibungen auf übertragene Gebäude und bauliche Anlagen von 450.602,00 € durch Entnahme aus der zweckgebundenen Rücklage ausgeglichen und mit 41.941,24 € auf neue Rechnung vorgetragen.
-

**zu 5.11 Jahresabschluss des Wirtschaftsjahres 2005 des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung der Stadt Halle (Saale) - EfA
Vorlage: IV/2006/06143**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Jahresabschluss für den Eigenbetrieb für Arbeitsförderung für das Wirtschaftsjahr 2005 wird festgestellt.

 2. Der Leitung des EfA wird für das Wirtschaftsjahr 2005 gemäß § 18 Abs. 4 Satz 2 EigenBG LSA Entlastung erteilt.

 3. Die Forderungen aus der Altersteilzeit in Höhe von 73.295,59 Euro werden aus den Zuschüssen des Jahres 2006 ausgeglichen.

 4. Der Gewinn des Geschäftsjahres 2005 in Höhe von 12.046,30 Euro wird für Ersatzinvestitionen auf neue Rechnung vorgetragen.
-

**zu 5.12 Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales
GebäudeManagement Halle (Saale) für das
Wirtschaftsjahr 2005
Vorlage: IV/2006/06189**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss für den EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2005 wird wie folgt festgestellt:

Jahresverlust: 31.579.622,62 €
Bilanzsumme: 335.305.774,56 €.

2. Der Leitung des EigenBetriebes Zentrales GebäudeManagement Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2005 gemäß § 18 (4) Satz 2 Nr. 3 EigenBG LSA Entlastung erteilt.
 3. Der Jahresverlust in Höhe von 31.579.622,62 € wird durch Entnahme aus der allgemeinen Rücklage ausgeglichen.
-

**zu 5.13 Feststellung Jahresabschluss 2005 der Mitteldeutsches
Multimediazentrum Halle GmbH
Vorlage: IV/2007/06248**

Wortmeldungen gab es nicht.

(Herr Stadtrat Schmidt nahm gemäß § 31 GO LSA nicht an der Beratung und Abstimmung teil.)

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Vertreter der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Gesellschafterbeschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführerin der Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2005 wird in der von der Brennecke & Wodausch Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 12.10.2006 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	7.375,26 €.
Die Bilanzsumme beträgt	24.916.328,99 €.

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 7.375,26 € wird auf das Jahr 2006 vorgetragen.
 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2005 entlastet.
-

**zu 5.14 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06127**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr.143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk wird zugestimmt.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, in diesem Sinne zu antworten und die Entscheidung unter Angabe von Gründen mitzuteilen.
-

zu 5.15 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk -
Satzungsbeschluss
Vorlage: IV/2006/06129

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

1. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr.143 Kröllwitz, Kreuzvorwerk wird als Satzung beschlossen. Die der Planung beigefügte Begründung sowie der Umweltbericht, als Teil der Begründung, werden gebilligt.
 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Beschluss des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes bekannt zu machen.
-

zu 5.16 Änderung des Geltungsbereiches des künftigen Bebauungsplanes
Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell
Vorlage: IV/2006/06106

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen Bebauungsplanes Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell.

**zu 5.17 Satzung über die erstmalige Verlängerung der Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell
Vorlage: IV/2006/06107**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur erstmaligen Verlängerung der Geltungsdauer der „Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Veränderungssperre für den künftigen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 139 Gewerbestraße Ammendorf/ Radewell“ um ein Jahr bis zum 05.04.2008.

zu 6 Wiedervorlage

**zu 6.1 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06238**

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06260**

Herr Koehn, Fraktion der SPD, teilte mit, dass mit dem Änderungsantrag erreicht werden soll, dass die Bürger unserer Stadt wissen, dass die Stadträte die gewählten Vertreter der Bürger in diesem Stadtrat sind.

Er bat die Mitglieder des Stadtrates dem Änderungsantrag seiner Fraktion zuzustimmen.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte, dass der Finanzausschuss diesem Änderungsantrag nicht zugestimmt habe, sondern dem ursprünglichen Antrag. Er bat, die Diskussion aus dem Ausschuss hier nicht zu wiederholen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

- zu 6.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06260
-

Beschlussvorschlag:

1. *Streichung des zweiten Satzes*
 2. *als zweiten Satz einfügen: Als Adressaten für Änderungsvorschläge und Kommentare sollen die Stadträte und Fraktionen fungieren.*
-

Abstimmungsergebnis: a b g e l e h n t

- zu 6.1 **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Mitgestaltung des Haushaltes 2007 durch die Bürger der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2007/06238

Abstimmungsergebnis zu TOP 6.1: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Haushaltsplanentwurf der Stadt Halle (Saale) des Jahres 2007 begleitend zur Beratung in den Ausschüssen im Stadtrat in geeigneter Form auf der Homepage der Stadt Halle (Saale) zu veröffentlichen und die Möglichkeit zur Einbringung von Änderungsvorschlägen und Kommentaren für Bürger vorzusehen. Die eingebrachten Vorschläge sind an die Fraktionen und die betreffenden Fachbereiche weiterzuleiten. Darüber hinaus wird die Stadtverwaltung beauftragt zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen finanziellen Folgen in der Stadt Halle ein sog. Haushaltsplanrechner realisiert werden kann.

- zu 6.2 **Antrag der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - Auftragserteilung an die BMA**
Vorlage: IV/2006/06166
-

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies darauf, dass es einen modifizierten Antrag im Finanzausschuss gab, dem sich die Antragsteller angeschlossen haben.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: m e h r h e i t l i c h z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifiziert Form):

1. Die Stadtverwaltung erteilt einem unabhängigen Wirtschaftsprüfungsunternehmen den Auftrag festzustellen, welcher Schaden dadurch entstanden ist, dass der Beschluss des Stadtrates, Vorlagen-Nummer III/2004/04075, über den Rückkauf von 10 % der Anteile an der EVH GmbH nicht zum Stichtag 01.01.2005 umgesetzt wurde.
 2. Das unabhängige Wirtschaftsprüfungsunternehmen soll des Weiteren untersuchen, warum selbst bei angeblichen Alternativverhandlungen, die übrigens nicht durch den Stadtrat genehmigt worden sind, der Stichtagstermin 01.01.2005 nicht durch entsprechende Vorvereinbarungen gesichert wurde.
 3. Das unabhängige Wirtschaftsprüfungsunternehmen hat des Weiteren festzustellen, welcher Geschäftsführer der Stadtwerke für den entstandenen Schaden verantwortlich ist und inwieweit handelnde Personen der Stadtverwaltung mitverantwortlich sind.
 4. Das unabhängige Wirtschaftsprüfungsunternehmen soll prüfen, ob die Verantwortlichen für den entstandenen Schaden haftbar gemacht werden können und wie sie in Regress zu nehmen sind. Des Weiteren soll geprüft werden, ob der Straftatbestand der Untreue hier vorliegt.
 5. Das unabhängige Wirtschaftsprüfungsunternehmen berichtet dem Finanzausschuss über den Fortgang und die Ergebnisse ihrer Untersuchungen regelmäßig im Abstand von wenigstens 2 Monaten.
-

zu 7 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 7.1 **Antrag der Fraktionsgemeinschaft FDP + Graue + WG Volkssolidarität
- zur Umbesetzung eines Mitglieds der Fraktionsgemeinschaft im
Ausschuss für Planungsangelegenheiten
Vorlage: IV/2007/06298**

Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Herr Andreas Hajek scheidet aus dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten aus.

Der Stadtrat entsendet Herrn Dr. Hans-Dieter Wöllenweber in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten.

zu 7.2 Antrag der CDU-Fraktion zur Entwicklung eines Innenstadt- und Einzelhandelskonzeptes
Vorlage: IV/2007/06258

Herr El-Khalil, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Ausschuss für Planungsangelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung und den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Frau Prof. Vent, WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger und Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei. PDS, begrüßten diesen Antrag, da er inhaltsgleich ihrem, bereits vor Jahren gestellten, Antrag entspreche.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Auf der Grundlage und in Auswertung bisher vorliegender Konzeptionen, entwickelt die Stadt Halle (Saale) ein auf die kommenden Jahre ausgerichtetes Innenstadt- und Einzelhandelskonzept als Ordnungs- und Steuerungsinstrument mit dem Ziel:

- *Stärkung der Funktion der Innenstadt als Erlebnisraum, Wohn-, Handels- und Kultur-Standort*
- *der Sicherung und Stabilisierung der Angebots- und Funktionsvielfalt der Innenstadt*
- *der Sicherstellung einer quantitativ wie qualitativ ausgewogenen Versorgungsstruktur*
- *der Aufwertung der Standortqualitäten in den zentralen Versorgungsbereichen*
- *der Korrektur von Fehlentwicklungen und Verwerfungen*
- *der Schaffung von Planungs- und Investitionssicherheit für Verwaltung, Handel, Gastronomie, Investoren und Immobilienwirtschaft*

Wo notwendig und empfehlenswert sind weitere Betroffene (Kammern, Immobilienwirtschaft, Vermieter, Händler und Gastronomen, Interessenverbände u.ä.) an der Erarbeitung zu beteiligen.

Die Innenstadt- und Einzelhandelskonzeption sollte insbesondere auch der Entwicklung in den benachbarten Oberzentren (etwa Leipzig, Magdeburg), aber auch des Umlandes Rechnung tragen.

Die Innenstadt- und Einzelhandelskonzeption ist dem Rat bis zum 18.07.2007 zur Beratung vorzulegen.

In der Folge berichtet die Stadtverwaltung jährlich über die Umsetzung der Konzeption.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU in den

- **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
- **Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**
- **Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten**

verwiesen.

**zu 7.3 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitritt der Stadt Halle (Saale) zur Landesinitiative FamilienPass
Vorlage: IV/2007/06270**

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Jugendhilfeausschuss, da noch Unklarheiten bezüglich des Familienpasses bestehen.

Frau Ute Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, verwies im Namen ihrer Fraktion den Antrag in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und in den Kulturausschuss.

Zum Inhalt des Antrages sagte sie, es wäre günstiger, die Mittel in der Stadt bei den Familien einzusetzen. Dieser Auffassung sei auch ihre Fraktion im Landtag.

Frau Bürgermeisterin Szabados sagte, dass der Punkt 2 des Antrages bereits umgesetzt werde, unabhängig vom Verweis in die Ausschüsse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadt Halle wird Partner der familienpolitischen Landesinitiative „FamilienPass“.*
 - 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bei allen entsprechenden städtischen Einrichtungen darauf hinzuwirken, den Begriff der Familie im Sinne des „FamilienPasses“ zu harmonisieren und die entsprechenden Vergünstigungen einzuräumen.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion Die Linkspartei. PDS in den

- Jugendhilfeausschuss**
- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**
- Kulturausschuss**

v e r w i e s e n.

**zu 7.4 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Stadtmuseum
Vorlage: IV/2007/06279**

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, war verwundert darüber, dass die Verwaltung erst jetzt zu der Erkenntnis gekommen sei, dass die Museumsentwicklung grundsätzlicher in Betracht gezogen werden sollte.
Sie fragte, ob das neue Konzept am 14.03. im Kulturausschuss behandelt werde, nachdem es am 27.02. in der Beigeordnetenkonferenz war.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, bejahte dies.

Herr Krause, Fraktion der SPD, fragte, wieso der Antrag dann dem Stadtrat vorliege und ob er nicht in den Ausschuss verwiesen werden müsse bzw. ob er erledigt sei.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sah diesen Antrag als erledigt an.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Verwaltungsspitze wird gebeten dafür Sorge zu tragen, dass der Leiter des Stadtmuseums mit Beginn der Haushaltsberatungen 2007 die Konzeption für das Stadtmuseum den Gremien zur Beratung vorlegt.

**zu 7.5 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Benennung von Straßen,
Plätzen und öffentlichen Einrichtungen
Vorlage: IV/2007/06280**

Herr Bönisch, Fraktion der CDU, bat um Zustimmung des Antrages seiner Fraktion.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler gab zu bedenken, dass die Benennung mit Personen sehr schwierig sei. Sie warnte vor zu viel Aktionismus. Es wurde in der Vergangenheit beschlossen, Menschen für eine besondere Leistung zu ehren. Bei der Durchsicht der Lebensläufe wurde aber bei vielen im Nachhinein festgestellt, dass diese Personen menschlich an dieser oder jener Stelle versagt haben. Sie fragte, wer dann beschließen werde, diese Straßen wieder umzubenennen.

Herr Dr. Bartsch, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte, warum verdienstvolle Persönlichkeiten noch einmal begutachtet werden sollen. Er verwies im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Bildungsausschuss, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss, Kulturausschuss und Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften.

Herr Krause, Fraktion der SPD, befürwortete im Namen seiner Fraktion die Verweisung bezüglich des brisanten ersten Punktes des Beschlussvorschlages in den Kulturausschuss und in den Bildungsausschuss.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird gebeten:

- 1. zu prüfen, ob die Benennung von Straßen, Plätzen und öffentlichen Einrichtungen mit Namen verdienstvoller Persönlichkeiten dem aktuellen Stand der historischen Forschung standhält.*
 - 2. eine Prioritätenliste zu erarbeiten mit Namen verdienstvoller Persönlichkeiten, die für die Benennung von Schulen, Kindergärten und Horten geeignet sind, ähnlich der Prioritätenliste für die Vergabe von Straßennamen.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS in den

- Bildungsausschuss**
- Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss**
- Kulturausschuss**
- Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**

v e r w i e s e n.

**zu 7.6 Antrag des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Verkehrsführung am Robert-Franz-Ring
Vorlage: IV/2007/06282**

Herr Sänger, Fraktion der CDU, verwies den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss, da den Argumenten in der Begründung nicht gefolgt werden könne.

Herr Prof. Schuh, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, begrute diesen Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die jetzige „provisorische“ Verkehrsführung als Dauerlösung zu belassen sowie die Einmündung des Robert-Franz-Rings in die Mansfelderstrae entsprechend zu gestalten. Fahrzeuge aus dem Norden, die in Richtung Neustadt wollen, fahren die Ankerstrae und Schwemme in Richtung Hochstrae. Andere Verkehrsteilnehmer fahren bis zur Klausbrucke dann links in Richtung Hallmarkt.

Der Antrag wurde durch Geschaftsantrag der Fraktion der CDU in den

- Ausschuss für Planungsangelegenheiten

verwiesen.

**zu 7.7 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle
Vorlage: IV/2007/06285**

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle (Vorlage:IV/2007/06285)
Vorlage: IV/2007/06327**

Herr Wolter, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, bat im Namen seiner Fraktion, um eine halbjährliche Übersicht zum Arbeitsstand der Beschlüsse im Stadtrat. Das Beschlusscontrolling über das Intranet bzw. über den kommunalen Sitzungsdienst wurde begrüßt.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, sagte, dass sich seine Fraktion der modifizierten Stellungnahme der Verwaltung anschließe. Die technischen Möglichkeiten sollten ausgelotet werden und dann könne die Zeit für eine offizielle Information festgelegt werden.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, dass ihre Fraktion den Antrag unterstützen werde. Sie fragte, wer diesen Antrag auch dann wieder kontrolliert und sie denke, dass allein das vorgeschlagene System nicht dazu ausreiche.

Herr Godenrath stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag der Verwaltung in modifizierter Form zu übernehmen.

Herr Neubauer, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, stellte klar, dass es keinem anheim stehe, den Antrag seiner Fraktion zu modifizieren.

Herr Godenrath bat um einen **Änderungsantrag** mit dem Inhalt, dass die Stadtverwaltung beauftragt werde, ein geeignetes Beschlusscontrolling unter Zuhilfenahme des kommunalen Sitzungsdienstes Session bis zum Herbst 2007 einzuführen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, stellte den Änderungsantrag zur Abstimmung.

**zu 7.7.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle (Vorlage:IV/2007/06285)
Vorlage: IV/2007/06327**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Beschlusscontrolling unter Zuhilfenahme des Kommunalen Sitzungsdienstes „Session“ bis zum Herbst 2007 einzuführen.

zu 7.7 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Einführung einer Beschlusskontrolle
Vorlage: IV/2007/06285

Abstimmungsergebnis zu TOP 7.7:

mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss (in modifizierter Form):

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein geeignetes Beschlusscontrolling unter Zuhilfenahme des Kommunalen Sitzungsdienstes „Session“ bis zum Herbst 2007 einzuführen.

zu 7.8 Antrag des Stadtrates Dietmar Wehrich - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum Baumschutz in Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06296

Herr Wehrich, Fraktion WIR.FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, merkte an, es sei Sinn und Zweck des Antrages, die Kommunikation zwischen den Bürgern und der Verwaltung sowie den Ratsmitgliedern zu verbessern. Es solle nur über Baumfällungen in Alleen im Ausschuss und im Amtsblatt informiert werden. Er begrüßte die Stellungnahme der Verwaltung; er sei auch für Einschränkungen von Maßnahmen. Im Namen seiner Fraktion verwies er den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Weiter Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Baumfällungen an Straßenbäumen im Stadtgebiet von Halle erst nach einer Information im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten auszuführen. Sofern eine Vorabinformation nicht möglich ist (Gefahr im Verzug), erfolgt die Information nachträglich mit Darstellung der Gefahrenlage. Die Informationen zu den jeweiligen Fällungen werden in die Tagesordnung des Ausschusses aufgenommen.*
 - 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Baumfällungen an Straßenbäumen im Stadtgebiet von Halle (Saale) im Amtsblatt der Stadt Halle bekannt zu machen. Sofern möglich, erfolgt die Bekanntmachung vor der Fällung. Ist dies nicht möglich (Gefahr im Verzug) wird im Nachhinein informiert. Die Information umfasst eine Darstellung der Gefahrenlage.*
 - 3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Bürger der Stadt (Halle) auf der Homepage www.halle.de neben den bereits veröffentlichten Protokollen der Baumschutzkommission auch über die Termine der Fällungen und Baumpflegemaßnahmen sowie über realisierte Ersatz – und Neupflanzungen zu informieren.*
-

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion WIR.FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger in den

- Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

v e r w i e s e n .

**zu 7.9 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Prioritätenliste für Investitionsobjekte
Vorlage: IV/2007/06289**

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, sagte, dass keine Prioritätenliste, die eine Reihenfolge mit entsprechender Bewertung festlegt, vorgelegt wurde, sondern eine Investitionsplanung für die nächsten fünf Jahre. Selbstkritisch bemerkte er, dass der Antrag seiner Fraktion nicht genau formuliert sei. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion einen neuen Antrag stellen. Insofern habe sich der Antrag erledigt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung legt dem Stadtrat mit dem Haushaltsentwurf 2007 die intern erstellte und fortgeschriebene Prioritätenliste für Investitionsmaßnahmen vor.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t

**zu 7.10 Antrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) - zur Durchsetzung "persönlicher Ansprechpartner" für SGB II-BezieherInnen im Leistungsbereich der ARGE
Vorlage: IV/2007/06292**

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, sagte, dass der Antrag von Ihrer Fraktion unterstützt werde. Sie fragte, ob die Stadträtinnen und Stadträte in dieser Angelegenheit die richtigen Ansprechpartner seien. Diese könnten doch nur empfehlen.

Frau Bürgermeisterin Szabados verwies auf die Stellungnahme. Hier stehe, dass darauf hingewirkt werde. Der Antrag wurde bereits in der Gesellschafterversammlung mit der Bitte eingebracht, dass die Geschäftsführung vorschlägt, wie im Sinne des Antrages verfahren werden kann.

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sagte, dass mit der Übernahme durch die Verwaltung das Anliegen erledigt sei.

Frau Bürgermeisterin Szabados antwortete, dass nur die einbringende Fraktion entscheiden könne, ob der Antrag erledigt ist. Wenn die Fraktion den Antrag in einen Prüfantrag umwandelt, könne die Verwaltung zustimmen und entsprechend berichten.

Herr Krause, Fraktion der SPD, befürwortete auch die Umwandlung des Antrages in einen Prüfantrag, weil die Position des persönlichen Ansprechpartners definiert sei. Wenn die Verwaltung durch Beschluss aufgefordert werde, Umbesetzungen vorzunehmen, könnte das kostenrelevant sein, weil diese bestimmte Qualifikationen beinhalte. Bei einem Prüfauftrag, der kostenneutral ausgehen soll, sei dies unbedenklich.

Frau Haupt, Fraktion Die Linkspartei. PDS, äußerte, dass sie laut Kostenneutralitätsgesetz davon ausgehe, dass es keinen zusätzlichen Kosten geben werde. Weiter sagte sie, dass die Verwaltung die Mehrheit in der Gesellschafterversammlung besitze und aus diesem Grunde einen Beschluss fassen könnte.

Frau Bürgermeisterin Szabados schlug vor, im Gesundheits-, Sozial- und Gleichstellungsausschuss darüber zu berichten. Somit sei der Antrag erledigt.

Herr Dr. Köck, Fraktion Die Linkspartei. PDS, bat um Einbringung eines Prüfvermerkes.

Der Antrag wurde von allen Fraktionen als erledigt betrachtet.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Beschlussvorschlag:

Die Linkspartei. PDS-Fraktion im Stadtrat Halle (Saale) beauftragt die Vertretung der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der ARGE, die Geschäftsführung aufzufordern, bis zum 30.06.2007 im Rahmen der Ablauforganisation sicherzustellen, dass auch in den Leistungsbereichen „persönliche Ansprechpartner“ für SGB II-BezieherInnen eingerichtet werden, um eine effizientere Beratung zu leistungsrechtlichen Fragen zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

e r l e d i g t

zu 8 Anfragen von Stadträten

zu 8.1 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Umsetzungsstand "Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt" aus dem Planspiel Kommunalpolitik Vorlage: IV/2007/06233

Im Rahmen des Planspiels Kommunalpolitik entwickelten Jugendliche der KGS Humboldt Ende 2005 Ideen zum Umbau des S-Bahnhofs Halle-Neustadt.

Die Oberbürgermeisterin sagte den Jugendlichen zu, sich mit den Ideen auseinander zu setzen und Vorschläge aus der Stadtverwaltung heraus auszuarbeiten.

Wir fragen daher:

- 1. Hat sich die Stadtverwaltung im Rahmen des Programms „Stadtumbau Ost“ bemüht, dieses Projekt in Angriff zu nehmen?**
- 2. Mit welchen Ideen der Jugendlichen hat sich die Stadtverwaltung auseinander gesetzt?**
- 3. Gibt es Vorstellungen, was mit dem S-Bahnhof in Halle-Neustadt geschehen soll?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Stadtverwaltung hat die Nachnutzung des nördlichen S-Bahngebäudes in die Planungen der Stadt zur Internationalen Bauausstellung (IBA) aufgenommen. Die für eine Sanierung notwendigen Mittel wurden mit der Haushaltsplanung 2007 im Investitionsplan 2007-2010 eingeordnet. Ein Antrag auf Fördermittel im Programm Stadtumbau-Ost-Aufwertung Haushaltsjahr 2007 wurde an das Land gestellt. Für alle IBA-Projekte wird zurzeit durch die Verwaltung ein Grundsatzbeschluss vorbereitet, der im ersten Halbjahr 2007 den politischen Gremien zur Entscheidung vorgelegt werden soll.

zu 2.

Die Jugendlichen schlugen für das Gebäude eine Nutzung als Kultur- und Veranstaltungszentrum vor. Die meisten der Projektanträge fokussierten Jugendliche als Zielgruppe für das Bahnhofsgebäude. Es wurden aber auch generationsübergreifende Profile erarbeitet. Die Stadtverwaltung hat das Ergebnis des Planspiels vor allen Dingen als starkes Votum für den Erhalt und die Umnutzung des Gebäudes aufgenommen.

Die Jugendlichen bezogen in der Phase ihrer Projekterarbeitung die bestehende Interessengruppe zum Erhalt des Nordbahnhofs ein. Diese Interessengruppe hat sich mittlerweile als ZfzK (Zentrum für zeitgenössische Kultur e.V.) institutionalisiert. Die Stadtverwaltung führte nach Abschluss des Jugendprojektes die Gespräche mit dem ZfzK e.V. fort. Die erfolgreiche Umsetzung des Projektes hängt momentan maßgeblich von der Nutzbarkeit des Gebäudes ab.

zu 3.

Die Deutsche Bahn AG hat den Bahnhof verschlossen und lässt keine weitere Zwischennutzung zu. Sie wird das Gebäude entweder verkaufen oder abreißen.

Als Projektpartner für die Realisierung des Projektes bot sich im vorangegangenen Jahr die SALEG (Sachsen-Anhaltinische Entwicklungsgesellschaft) an. Zusammen mit der Stiftung Bauhaus Dessau bildet die SALEG die IBA GbR. Zur Vorbereitung des Kaufs erarbeitet die

SALEG zurzeit ein Finanzierungs- und Betreiberkonzept und führt statische Untersuchungen am Gebäude durch. Die Nutzungsüberlegungen orientieren sich bisher stark an dem Konzept des ZfzK e.V. das eine kulturelle Nutzung vorsieht, die auf Stadtteilebene, genauso aber auf nationaler und internationaler Ebene agiert.

Für die Bahnanlage ausgenommen des nördlichen S-Bahngebäudes ist für dieses Jahr der Beginn der Sanierungsarbeiten angekündigt. Im Rahmen dieser Baumaßnahme wird das südliche S-Bahngebäude abgebrochen und durch zwei funktionale Eingänge mit Fahrstühlen, wie sie auch schon auf dem Neustädter Platz zu finden sind, ersetzt.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.2 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES
 FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Stand der Vermietung der Läden am
 Riebeckplatz
 Vorlage: IV/2007/06295**

Wie ist der Stand der Vermietung am Riebeckplatz?

Antwort der Verwaltung:

Die Ladenzeile am Riebeckplatz wurde am 20.10.2006 an die Immobilienverwaltung Riebeckplatz GmbH veräußert.

Diese hat auf Rückfrage mitgeteilt, dass ein großes Interesse an der Anmietung von Ladengeschäften besteht. Zurzeit laufen die Verhandlungen zur Auswahl. In der 8. Kalenderwoche wird mit dem Ausbau der ersten Mieteinheiten begonnen. Voraussetzung war der Abschluss der Mängelbeseitigung im Innenkreis Ende Januar. Für die einzelnen Nutzungen sind konkrete Bauanträge zu stellen, so dass planmäßig, wie bereits einem Artikel in der MZ zu entnehmen war, am 1. Juli 2007 die Eröffnungsfeier stattfinden soll.

Nähere Angaben zu den potentiellen Mietern wurden nicht gemacht.

Egbert Geier
Beigeordneter
Zentraler Service

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.3 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - Fraktion NEUES FORUM+UNABHÄNGIGE - zum Themenkomplex Auswirkung der Fusion SK und MQ auf den Gebäudebestand des SK in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06297**

In der Stadtratssitzung vom 25.05.2005 hat der Stadtrat den Antrag unserer Fraktion zum Thema: Auswirkungen der Fusion SK und MQ auf den Gebäudebestand des SK in der Stadt Halle (Saale) mehrheitlich angenommen. Die Stadtverwaltung hatte sich verpflichtet, den Hauptausschuss über die Ergebnisse der Beratungen zu informieren (siehe Stellungnahme der Verwaltung; Antragsnummer IV/2005/04976).

Da uns bisher keine Ergebnisse bekannt sind, fragen wir

- 1. Wurde die Arbeitsgruppe einberufen?**
- 2. Welche Ergebnisse sind in dieser Arbeitsgruppe erreicht wurden?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Es gab mehrfach informelle Gespräche mit Vertretern des Landratsamtes Saalkreis. Die Arbeitsgruppe wurde nicht einberufen.

zu 2.

Das Landratsamt Saalkreis informierte, dass die Entscheidung über den Umgang mit den Gebäuden des Saalkreises in der Stadt Halle (S.) nach der Kommunalwahl durch den Kreistag bzw. den Landrat des Saalkreises getroffen wird.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, fragte, wann über die Entscheidung berichtet werde.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, äußerte, dass es gegenwärtig beim Saalkreis keinen Ansprechpartner bis zur Wahl gibt. Das neu gewählte Gremium soll dann entscheiden. Es zeichne sich jetzt schon ab, dass es nicht viele leere Räumlichkeiten geben wird.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage der Stadträtin Andrea Machleid - NPD - zu linksextremen Gruppen in Halle
Vorlage: IV/2007/06276

1. Welche Erkenntnisse über Aktivitäten linksextremer Gruppen in Halle liegen vor?
2. Welche Straftaten mit linksextremem Hintergrund wurden in Halle in den Jahren 2005 und 2006 verübt?
3. Wie schätzt die Verwaltung die Situation der linksextremen Szene in Halle ein und wurden Maßnahmen eingeleitet, linksextreme Bestrebungen zurückzudrängen?

Die Antwort der Verwaltung wurde vertagt.

zu 8.5 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Beitragserlass von Betreuungsgebühren in Kindertagestätten
Vorlage: IV/2007/06269

1. Für wie viel Kinder wurde eine Kostenübernahme/-erlass nach § 90 KJHG im Jahr 2006 bewilligt?
2. Wie hoch ist der jeweilige Anteil der Ermäßigungsfälle an der Gesamtzahl der Kinder in den verschiedenen Betreuungsaltersstufen analog der Altersklassifizierung im Bedarfs- und Entwicklungsplan 2006?
3. Wie hoch waren in 2006 die dementsprechenden finanziellen Ersatzleistungen der Stadt Halle (Saale)?

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im Jahr 2006 wurde für **3.060 Kinder** eine Ermäßigung bewilligt.

zu 2.

Im Alter von 0 bis 3 und von 3 bis 6 Jahren beträgt der Anteil der Ermäßigungen an allen betreuten Kindern 28 %. Im Hortbereich sind es 19 %.

Zur Übersicht folgende Tabelle:

	Regelkinder im Alter von			
	0 - 3	3 - 6	Hort	Ges.
durchschnittlich betreute Kinder in 2006	2.807	5.721	3.468	11.996
durchschnittliche Ermäßigungsfälle nach § 90 SGB VIII	791	1.604	665	3.060
prozentualer Anteil an der Gesamtzahl	28%	28%	19%	26%

zu 3.

Im Haushaltsjahr 2006 wurden für Ermäßigungen **3.153.120 EUR** aufgewendet. Die geplanten Ausgaben betragen 2.883.900 EUR, zusätzlich wurden 269.220 EUR aus dem Deckungskreis aufgewendet.

Szabados
Bürgermeisterin

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, sagte, dass er die Anzahl für Kinderermäßigung für die Jahre 2005 zu 2006 nicht verstehe. Er bat den Geschäftsbereich Gesund, Jugend und Soziales um Prüfung.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.6 Anfrage der CDU-Fraktion zum Thema - Parken in der Paul-Suhr-Straße -
Vorlage: IV/2007/06281**

Der Presse war kürzlich zu entnehmen, dass im Bereich Paul-Suhr-Straße/Vogelweide das Parken auf Gehwegen nicht länger geduldet werden soll. Anscheinend ist dort das Parken nicht ausdrücklich erlaubt, aber Knöllchen wurden bisher nicht verteilt. Davon ausgehend, dass die Vorbemerkung die Situation richtig beschreibt, bitten wir um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Wie gedenkt die Stadtverwaltung das Problem zu lösen, durch eine ausdrückliche Genehmigung des Parkens an den betreffenden Stellen oder durch strikte Durchsetzung des Verbotes?**
- 2. Nach welchen Maximen verfährt die Stadtverwaltung in der Regel bei derartigen Problemen?**

Antwort der Verwaltung:

- zu 1. Eine ausdrückliche Gestattung des Parkens auf dem gut ausgebauten breiten Gehweg ist auf Grund des hohen Bordes in der Paul-Suhr-Straße aus Haftungsgründen zu Lasten der anordnenden Behörde nicht möglich. Der Neubau einer Niederbordanlage sowie die Anpassung des Rad- und Gehweges konnte auf Grund der finanziellen Situation der Stadtverwaltung bisher nicht umgesetzt werden. Es wird zurzeit geprüft, ob das Parken abschnittsweise auf der Fahrbahn, unter Berücksichtigung der Fahrstrecke des Großraum- und Schwerverkehrs, zugelassen werden kann. Ein künftiges Parken auf einem solchen Parkstreifen muss mit der städtischen Straßenreinigung abgestimmt sein, die gegenwärtig zweimal wöchentlich erfolgt. Über das Ergebnis der Abwägung wird Ende März 2007 berichtet.
- zu 2. Im Sinne der Bürgerfreundlichkeit wurden an die falsch parkenden Autos so genannte Infokärtchen, welche darüber informieren, dass das Falschparken nicht mehr geduldet werden kann, verteilt. Im gesamten Stadtgebiet wird an solchen und ähnlichen Stellen mindestens eine Woche so verfahren. Nach dieser Frist erfolgt dann in der Regel eine Verkehrsüberwachung und die Verfolgung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.7 Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion zum Stadtmuseum Vorlage: IV/2007/06290

Katalog zur Ausstellung „Stadt der Arbeit“ im Stadtmuseum Halle

Zur Eröffnung der Ausstellung „Stadt der Arbeit“ im Stadtmuseum ist entgegen getroffener Vereinbarungen kein Katalog erschienen.

- 1. Warum ist der Katalog nicht erschienen?**
- 2. Wird er noch erscheinen?**
- 3. Welche Verkaufsaussichten ergeben sich noch in den wenigen Wochen und welche finanziellen Auswirkungen hat diese Verzögerung?**

Antwort der Verwaltung:

Der Begleitband Ausstellung „Stadt der Arbeit- Halle im Industriezeitalter“ liegt vor. Er wird im Stadtmuseum sowie über den Mitteldeutschen Verlag überregional vertrieben. Eine zeitigere Fertigstellung des Kataloges hätte zum jetzigen Zeitpunkt sicherlich bereits höhere Verkaufszahlen beschert. Der aktuelle Verkauf läuft gut und wird auch über die Laufzeit der Ausstellung hinaus erfolgen.

Während der Vorbereitung der Ausstellung musste mehrfach räumlich umdisponiert werden. Aufgrund der damit verbundenen finanziellen Belastungen schien ein Katalog zunächst nicht realisierbar. Vielmehr wurde nach Fertigstellung der Ausstellung das Projekt einer

Dokumentation aufgenommen, wie sie in vergleichbarer Form bereits für die Ausstellung „WandelHalle“ produziert wurde. Ziel war es, die Ausstellung in ihrer umgesetzten Form und ihren Inhalten nachhaltig festzuhalten, um damit ein populäres „Bilderbuch“ der behandelten Epoche vorzulegen. Dies konnte in dieser Form erst nach Eröffnung der Ausstellung geschehen.

Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sagte, dass der Punkt 3 der Anfrage nicht beantwortet wurde.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete, es sei eine Auflage von eintausend Exemplaren und die Produktionskosten betragen 13 996 Euro, davon seien 30 % Drittmittel. Der Verkaufspreis betrage 9,90 Euro. Über das Stadtmuseum wurden bisher 130 von 500 Exemplaren verkauft. Die restlichen 500 Exemplare laufen über den Regionalvertrieb eines halleschen Verlages, d. h. über verschiedene Buchhandlungen. Die Anzahl der dort verkauften Exemplare konnte bisher nicht ermittelt werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.8 Anfrage der Stadträtin Isa Weiß - CDU - zum Abschluss von
Altersteilzeitverträgen in der Stadtverwaltung Halle (Saale)
Vorlage: IV/2007/06273**

- 1. Wie viele Verträge zur Altersteilzeit wurden im Jahr 2006 von der Stadtverwaltung mit Beschäftigten abgeschlossen?**
- 2. Welche Statusgruppen sind in welchem Umfang davon betroffen?**
- 3. In welchen Fällen ist eine Stellenneubesetzung mit Beginn der Freistellungsphase unumgänglich?**
- 4. Wie sind die finanziellen Auswirkungen für den städtischen Haushalt?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Es wurden insgesamt 184 Verträge zur Altersteilzeit im Jahr 2006 mit Beschäftigten der Stadt Halle (Saale) geschlossen.

zu 2.

Die 184 Beschäftigten verteilen sich auf die Statusgruppen:

Einfacher Dienst	- E 1 bis E 3:	5
Mittlerer Dienst	- E 4 bis E 8:	90
Gehobener Dienst	- E 9 bis E 12:	82
Höherer Dienst	- E 13 bis E 15 Ü:	7

zu 3.

Von den 184 Beschäftigten sind 16 im Personalüberhang, deren Stellen künftig wegfallen. Nach heutigem Stand der vorliegenden Fachkonzepte sind somit 168 Stellen ab der Freizeitphase wiederzubesetzen.

zu 4.

Der Abschluss von Verträgen zur Altersteilzeit mit Beschäftigten ist unter Berücksichtigung der aktuellen Daten für die Stadt Halle (Saale) wirtschaftlich betrachtet grundsätzlich günstig.

Einsparungen ergeben sich für den städtischen Haushalt allein dadurch, dass 16 Personalüberhangstellen wegfallen.

Durch den Abschluss der Altersteilzeitverträge spart die Stadt Halle (Saale) ebenso Personalkosten in Höhe von ca. 25 bis 30 Prozent ein, da die Beschäftigten statt Vollarbeitszeit Altersteilzeit vereinbart haben. Weiterhin reduziert sich der Arbeitgeberaufwand dadurch, dass der gezahlte Aufstockungsbeitrag sozialversicherungsfrei ist.

Auch bei einer Wiederbesetzung rentiert sich Altersteilzeit, da die Kosten für den Wiederbesetzer geringer ausfallen und bei Nachbesetzung mit einem Auszubildenden oder einem Arbeitsuchenden förderfähig sind.

Durch die im Jahr 2006 abgeschlossenen Altersteilzeitverträge könnte eine Personalkostenersparnis innerhalb der mittelfristigen Personalkostenplanung von ca. 5 Mio. erreicht werden, wobei die abgeschlossenen Verträge zumeist mit der Altersteilzeit ab dem Jahr 2009 beginnen.

Egbert Geier
Beigeordneter

Frau Weiß, Fraktion der CDU, sagte, dass Voraussetzung für die Genehmigung von Altersteilzeit sei, während der Freistellungsphase auf die Wiederbesetzung dieser Stellen zu verzichten. Daraus resultiere die eigentliche Einsparung. Die Stadt gehe aber einen anderen Weg. Sie habe Zweifel an den Einsparungen und bat deshalb um noch konkretere Angaben zu den einzelnen Stellen sowie deren konkreter Beginn der Freistellungsphase. Sie fragte, wer verantwortlich für die Genehmigung der Altersteilzeitverträge sei.

Herr Geier, Beigeordneter Zentraler Service, bestätigte, dass das Datum des Ausscheidens der einzelnen Mitarbeiter/innen, die Altersteilzeit in Anspruch nehmen, in der Antwort nicht nachweisbar sei. Diese Daten liegen aber vor. Die Frage des Ablaufes der Folgebesetzung, also des finanziellen Effektes, könne erst zum Zeitpunkt der Folgebesetzung berechnet werden. Aus diesem Grunde wurde die Beantwortung gegeben, dass die Mitarbeiter/innen, die im Jahre 2006 Verträge abgeschlossen haben.

Frau Weiß betonte, dass sie im Nachgang zu dieser Anfrage eine Aufstellung haben möchte, um welche 168 Stellen es sich konkret handelt und wann in jedem Einzelfall die Freistellungsphase beginnt.

Herr Geier antwortete, dies sei möglich, aber ohne Namen und Adresse.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Anmerkungen und Nachfragen zur Kenntnis genommen.

**zu 8.9 Anfrage des Stadtrates Milad El-Khalil - CDU - zur Befahrung der
Brücke über den Riebeckplatz durch Lkw
Vorlage: IV/2007/06284**

Die Brücke über den Riebeckplatz ist für Lastkraftwagen gesperrt.

- 1. Warum ist das so?**
- 2. Ist das die endgültige Lösung für den Verkehr?**

Wenn nicht:

Wann wird die Brücke für LKWs wieder freigegeben?

Antwort der Verwaltung:

Im Zuge der Bauwerksprüfung wurde festgestellt, dass Schäden im Bereich des Tragwerkes (Spannstähle) vorhanden sind. Die notwendige statische Nachrechnung durch eine externe Prüfung ergab, dass das Bauwerk nicht mehr die erforderliche Brückenklasse 30/30 (40 t) erfüllt. Das Bauwerk wurde in der Traglast auf die Brückenklasse 7,5/7,5 für den zweispurigen Verkehr und die Brückenklasse 30 mit eingeschränkter Fahrbahnbreite zurückgestuft.

Dies hat zur Folge, dass ein LKW-Verkehr mit Lasten größer 40 t (anmeldepflichtiger Schwerlastverkehr) und Tandemachsen mit Achslasten größer 11 t nicht über das Bauwerk fahren dürfen.

Zur Wiederherstellung und Ergänzung der notwendigen Tragfähigkeit ist eine Sanierung dringend notwendig. Diese ist in Jahresscheiben beginnend 2007 bis 2009 vorgesehen.

Nach erfolgter Sanierung der Brückenbauwerke werden diese für den LKW-Verkehr wieder ohne Einschränkungen freigegeben.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.10 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Bewerbung
"Stadt der Wissenschaft"
Vorlage: IV/2007/06291**

Bewerbung der Stadt Halle um den Titel „Stadt der Wissenschaft“

- 1. Erwägt die Verwaltungsspitze nach der gescheiterten Bewerbung um den Titel „Stadt der Wissenschaft“ im Jahr 2005 eine erneute Bewerbung?**
- 2. Wie groß ist der Zeitvorlauf und welche Terminfolge wäre dabei einzuhalten?**
- 3. Wenn ja, welche Konsequenzen werden aus der gescheiterten Bewerbung gezogen?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die Stadt Halle ist im Jahr 2003 mit ihrer Bewerbung zur „Stadt der Wissenschaft“ nicht gescheitert, sondern hat vielmehr einen Achtungserfolg erzielt. Unter 37 Bewerbern gelang es unserer Stadt, in einer Reihe mit Braunschweig, Dortmund und Münster ausdrückliches Lob zu erhalten: „Halle sieht in der Fokussierung auf Wissenschaft und Forschung einen Weg, den Strukturwandel voranzutreiben. Die Jury hob insbesondere das hohe Engagement aller Akteure aus Stadt, Wissenschaft und Wirtschaft hervor“, hieß es dazu am 11. Februar 2004 seitens des Stifterverbandes. Auch die Mitteldeutsche Zeitung sprach in diesem Zusammenhang am 12. Februar 2004 von einem „Teilerfolg von Halle im Städtevergleich“.

Nachdem sich die Stadt zwischenzeitlich auf die weitere Stärkung ihrer überregionalen Wahrnehmung konzentriert hat, z.B. durch die gemeinsame Olympia-Bewerbung mit der Stadt Leipzig, die Bewerbung um die Kulturhauptstadt oder die umfangreichen Aktivitäten im Stadtjubiläum, wird nunmehr eine erneute Bewerbung zum Thema „Stadt der Wissenschaft“ erwogen. Die Verwaltungsspitze befindet sich zurzeit im Dialog mit hochrangigen Vertretern der Wissenschaft. Eine abschließende Entscheidung ist noch nicht getroffen.

Zu 2.

In den bisherigen Diskussionen hat sich gezeigt, dass eine Bewerbung für das Jahr 2009 schwer realisierbar ist, da die Vorbereitungszeit knapp bemessen ist. Deshalb wird über eine Bewerbung für das Jahr 2010 nachgedacht.

Für das Jahr 2010 wird seitens des Auslobers allerdings eine Veränderung der Wettbewerbsbedingungen in Richtung Bildung und Schulen erwogen. Hierzu gibt es noch keine verbindlichen Informationen seitens des Stifterverbandes. Die Stadt steht gemeinsam mit ihren Partnern aus der Wissenschaft im Kontakt mit dem Stifterverband, um möglichst frühzeitig agieren zu können.

Zu 3.

Da für das Jahr 2010 vermutlich andere Regeln als für die bisherigen Ausschreibungen gelten, können Auswertungen aus den vergangenen Wettbewerben nur bedingt herangezogen werden. Eine Auseinandersetzung mit den neuen Wettbewerbsbedingungen erfolgt, sobald diese vorliegen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.11 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Ermittlung finanzieller Auswirkungen bei Schulfusionen
Vorlage: IV/2007/06293**

Aus der Vorlage „Jugendhilfeplanung“ gemäß §80 SGB VIII – Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung für den Zeitraum 1. 1. 07 – 31. 12. 07 geht hervor, dass ein wesentlicher Anstieg des Betreuungsbedarfs vor allem durch den deutlichen Anstieg der zu betreuenden Hortkinder begründet ist (zusätzlich 420 Kinder). Es wird u. a. darauf hingewiesen, „dass auf Grund geänderter und weiterer Schulwege Eltern eine höhere Nachfrage an Hortbetreuung haben“.

Bei der Kalkulation finanzieller Auswirkungen zur Schulentwicklungsplanung werden daraus resultierende Kosten nicht berücksichtigt.

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Wie hoch wird der auf Grund weiterer Schulwege (Schulfusionen) gestiegene Betreuungsbedarf geschätzt?**
- 2. Welche zusätzlichen Kosten sind dem zuzuordnen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Im Schuljahr 2006/2007 hält die Stadt Halle (Saale) 34 Grundschulstandorte vor. Insgesamt stehen hierfür 36 Horteinrichtungen mit derzeit 3.400 Plätzen zur Verfügung. Durch die freien Träger werden 31 Horte, durch den Eigenbetrieb Kindertagesstätten werden 5 Horte betrieben.

Die Steigerung der Betreuungsbedarfe im Hortbereich haben verschiedene Ursachen:

1. Steigende Geburtenraten in den letzten Jahren und damit verbunden steigende Schülerzahlen. Innerhalb von 1 ½ Jahren gab es eine Steigerung um rund 450 Kinder in der Altersgruppe 6 – 10 Jahre (Stand der Bevölkerung in dieser am 31.12.2004 4.894 - Stand 30.06.2006 5.325 Kinder)
2. Durch Schulfusionierungen wünschen Eltern aufgrund weiterer bzw. veränderter Schulwege eine Hortbetreuung ihrer Kinder auch in den bisher weniger genutzten 2. – 4. Klassenstufe.
3. Steigerung der fachlichen Qualität der pädagogischen Arbeit in den Horten durch Veränderungen der Konzepte und damit Erweiterung der Angebote für die Kinder und verbesserte Elternarbeit.

zu 2.

Das Betreuungsangebot in Horteinrichtungen ist gemäß Kinderförderungsgesetz (KiFöG) eine Pflichtleistung, auf die für die Kinder und ihre Eltern ein nicht zu hinterfragender Rechtsanspruch besteht.

Da hierdurch bedingt ein zuzuordnendes Nutzerverhalten nicht statistisch abgefragt wird, können die Kosten hierfür nicht quantifiziert und damit nicht differenziert werden.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.12 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zum Leerstand von Schulgebäuden und Folgekosten
Vorlage: IV/2007/06294**

In der Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Stadträtin Dr. Haerting (Vorlage IV/2006/05678) vom 8.3.06 heißt es: "Für die Nachnutzung von innerstädtischen Schulgebäuden und von Plattenbauschulen findet zur Zeit eine Untersuchung im Rahmen eines bundesweiten Forschungsprojektes unter Leitung des FB 61 und Mitwirkung des ZGM statt."

Ich frage die Verwaltung:

- 1. Wie ist der Stand dieser Untersuchungen?**
- 2. Wann und in welcher Form werden die Ergebnisse bekannt gegeben?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Mit der o. g. Untersuchung ist vermutlich das Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“ gemeint, welches durch das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) in fünf verschiedenen deutschen Städten vom 1. Quartal 2005 bis zum 4. Quartal 2007 durchgeführt wird.

Es handelt sich hierbei nicht um eine Untersuchung zur Vermarktung im wirtschaftlichen Sinne, sondern um eine wissenschaftliche Untersuchung im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus ExWoSt. Mit dem Forschungsfeld „Stadtquartiere im Umbruch“ möchte das BBR in den von Schrumpfung betroffenen Modellstädten innovative Strategien zum „geordneten Rückbau“ darstellen und auswerten lassen. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf dem Wechselverhältnis von Rückbau sozialer Infrastruktureinrichtungen und der Schaffung neuer Freiflächen. Damit knüpft dieses Forschungsfeld an das Bund-Länder-Programm „Stadtumbau Ost“ an, in dessen Rahmen seit 2002 Fördermittel u. a. für den Rückbau dauerhaft leer stehender Wohngebäude bereitgestellt werden.

In Halle wurden zwei unterschiedliche Quartiere - die Schule am Niedersachsenplatz und die Glauchaer Schule - in das Forschungsfeld aufgenommen. Im Forschungsfeld wurden vor dem Hintergrund dieser Quartiere verschiedene Themenfelder bearbeitet, wie z. B. die Evaluierung des Stadtumbauprozesses, eine Prozess begleitende Milieustudie in Glaucha sowie unter anderem auch Nachnutzungsoptionen für beide Schulen. Die Bearbeitung dauert bis zum Herbst 2007 an, der Bearbeitungsstand wird jeweils in Quartalsberichten an das BBR gesandt.

zu 2.

Der Verfahrensstand kann über die offizielle Homepage des BBR www.bbr.bund.de verfolgt werden. Dort kann seit Ende 2006 auch der Zwischenbericht (Stadtquartiere im Umbruch, Werkstatt: Praxis Heft 42) bestellt oder als pdf Dokument herunter geladen werden. Nach dem Ende des Forschungsfeldes im Herbst dieses Jahres wird durch das BBR ein Abschlussbericht herausgegeben.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.13 Anfrage der Stadträtin Dr. Annegret Bergner - CDU - zur Situation im Ausbildungsbereich von Schulabgängern
Vorlage: IV/2007/06301**

- 1. Wie hoch war im Raum Halle die Vermittlungsquote von Schulabgängern in Lehrstellen für das letzte Schuljahr?**
- 2. Laut MZ-Bericht ist die Zahl der Ausbildungsabbrecher im vergangenen Jahr erneut in Sachsen-Anhalt drastisch gestiegen.
Wie ist die Situation in Halle, welche Entwicklungstendenzen zeichnen sich ab?**
- 3. Das Wirtschaftsministerium in Sachsen-Anhalt hat den vorzeitigen Beginn eines Präventionsprogramms angekündigt. Eine entsprechende Vereinbarung zwischen Landesarbeitsagentur und Kultusministerium wurde bereits unterzeichnet.
Welche Bemühungen zur Senkung der Abbrecherquoten mit welchen Auswirkungen sind seitens der Stadt Halle bereits unternommen worden und welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Bei der Beantwortung der Anfrage wurden die IHK Halle-Dessau, das statistische Landesamt Sachsen-Anhalt, das Landesverwaltungsamt, die Arbeitsagentur Halle sowie das Kultusministerium angefragt. Den befragten Institutionen liegt **keine vollständige Vermittlungsquote von Schulabgängern in Lehrstellen für das letzte Schuljahr vor**. Es gibt keine zentrale Stelle über die für alle Schulabgänger diese Zahlen erfasst werden. Die Suche nach einer Ausbildungsstätte bzw. die Entscheidung was Schüler/Schülerinnen nach der Schule tun, treffen diese jungen Menschen gemeinsam mit ihren Eltern. Erfasst werden lediglich die Jugendlichen, die sich über die Berufsberatungen der Bundesagentur Ausbildungsplatz melden.

Die Zahl der Schulabgänger des Jahrganges 2005/2006 für die allgemeinbildenden Schulen der Stadt Halle – Schüler mit und ohne Abschluss – beträgt insgesamt **2870**.

Für den Agenturbezirk Halle liegen Daten über vermittelte Bewerber in Berufsausbildungen vor. Die Arbeitsagentur weist aber ausdrücklich darauf hin, dass dies nicht die Zahl der Schulabgänger widerspiegelt.

Zusammenfassend könnten danach von **ca. 3900** gemeldeten Bewerbern **ca. 2170** in eine Berufsausbildung vermittelt werden (**siehe Anlage 1**).

zu 2.

Das statistische Landesamt hat die Zahlen für „**vorzeitig gelöste Ausbildungsverhältnisse nach Ausbildungsbereichen**“ für Sachsen-Anhalt bisher nur bis 2005 veröffentlicht. Zahlen für die vorzeitige Lösung von Ausbildungsverhältnissen im IHK Bereich Halle-Dessau liegen nur bis 2005 vor. **Danach wurden 2005 insgesamt 1304 Ausbildungsverhältnisse vorzeitig gelöst**. Im Jahr davor waren es noch 60 mehr. Seit dem Jahre 2001 ist insgesamt ein leichter aber stetiger Rückgang zu verzeichnen (**siehe Anlage 2**). Gesonderte Zahlen, die sich **ausschließlich auf Halle** beziehen, liegen **nicht** vor.

zu 3.

Die Stadt Halle (Saale) verfolgt seit Jahren eine Politik (Leitziele der Kinder, - Jugend- und Familienpolitik), durch die Probleme möglichst vermieden und Ressourcen sinnvoll verbunden werden sollen.

Insofern ist präventives Handeln der Maßstab.

Prävention

In der Jugendarbeit - § 11 SGB VIII – wurde seit 2004 die Priorität in die schulbezogene Jugendarbeit gesetzt. Dadurch konnte die Motivation zur Ausbildungsplatzsuche erhöht werden. Problematisch ist nach wie vor, dass Jugendliche zu Beginn des letzten Schuljahres häufig noch nicht wissen, welchen Beruf sie lernen möchten. Viele bewerben sich daher zu spät. Es wird auch deutlich, dass den Eltern und Lehrern der Bewerbungszeitpunkt unklar ist.

Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie hat im Rahmen seines Bündnisses für Bildung 2007 das Schwerpunktthema „Übergang Schule-Beruf“ gewählt. Dabei sollen z.B. Modellprojekte gemeinsam mit der Wirtschaft initiiert werden. So sind Patenschaften zwischen Betrieben und Sekundar- bzw. Gesamtschulen im Entstehen. Dadurch werden Jugendlichen durch gezielte Praktika Einblicke in Ausbildungsberufe gegeben, so dass eine zielgerichtete Entscheidung für einen Beruf möglich wird.

Gezielte Hilfen (Intervention)

Die Kooperationsvereinbarung des Fachbereiches Kinder, Jugend und Familie mit der ARGE besagt zu diesem Thema:

„Der Fachbereich Kinder, Jugend und Familie als zuständiger Träger der öffentlichen Jugendhilfe der Stadt Halle (Saale) sieht seine Mitverantwortung bei der beruflichen Eingliederung junger Menschen. Insbesondere sind sozial- oder individuell benachteiligte Jugendliche bis zu einem Alter von 27 Jahren, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf haben, Zielgruppen der Angebote der Jugendsozialarbeit. Da sozialpädagogisch begleitete Ausbildungs- und Beschäftigungsmaßnahmen (nach § 13 SGB VIII) gegenüber dem SGB II nachrangig sind, konzentriert sich die Jugendhilfe der Stadt vor allem auf präventive Angebote im Bereich der schulbezogenen Jugendsozialarbeit, im Bereich des sozialpädagogisch begleiteten Wohnen sowie bei sozialpädagogischer Einzelfallarbeit. Ziel ist es, die individuellen Voraussetzungen für mögliche Eingliederungshilfen der ARGE bzw. Der Agentur für Arbeit zu schaffen.“

In den vergangenen Jahren wurden in der Jugendsozialarbeit - § 13 SGB VIII – insbesondere Projekte gefördert, die unmittelbar auf eine Ausbildungsvorbereitung und somit mittelbar auf das „Durchhalten“ einer Ausbildung durch die Jugendlichen hinzielen.

Jugendzentrum St. Georgen e.V.

- Wohnprojekt für Jugendliche, mit einer sozialpädagogischen Begleitung
- Kompetenzagentur

Jugendwerkstatt Bauhof

- „B.I.S.S.“ – berufliche und soziale Integration junger Migranten, Flüchtlinge, Aussiedler
- fS-gS (für Schule – gegen Schulverweigerung)
- „Scout – Management Berufsorientierung“ – Projekt in und mit den Förderzentren

Internationaler Bund

- „Fit für Arbeit und das Leben“ – Vorbereitung/Vermittlung von Praktika, Ausbildung, Arbeit
- „Reintegrationsklasse“

Jugendwerkstatt Frohe Zukunft

- Schülerfirma zur beruflichen Frühentscheidung in Kooperation mit der Huttenschule
- Bootsbau-, Gastronomie und Schneiderprojekte zur beruflichen Vorbereitung
- Werkstattpraktika für Schulklassen

Durch diese Angebote konnte einem Teil der Jugendlichen geholfen werden, ihr Leben und damit die berufliche Zukunft mit klarer Perspektive selbständig zu strukturieren.

Es kann an dieser Stelle nicht gesagt werden, dass diese Maßnahmen ausreichend sind, da die Ursachen für Ausbildungsabbrüche vielfältig sind und nur zum Teil bei den Jugendlichen und ihren Familien zu suchen sind. Teilweise lässt die schulische Bildung, aber auch die Qualität der Ausbildung in den Betrieben zu wünschen übrig. Gerade deshalb ist eine frühzeitige Abstimmung zwischen Schule, Wirtschaft, Jugendhilfe und ARGE bzw. Agentur unerlässlich.

Erfolgreich ist Berufsorientierung nur dann, wenn sie einen frühzeitigen und zielgerichteten Einsatz der Aktivitäten ermöglicht. D. h. Berufsorientierung muss als ein strukturierter Prozess einen festen Platz im Schulcurriculum einnehmen. Hierdurch muss es gelingen, die Eigenverantwortung der Jugendlichen zu stärken. Um den Übergang von Schule in Ausbildung zu meistern, müssen die Jugendlichen sowohl ihre Chancen als auch die an sie gestellten Anforderungen, eigenen Kompetenzen und individuellen Handlungsmöglichkeiten lernen selbständig einzuschätzen.

Der in unserer Kooperationsvereinbarung angestrebte Arbeitskreis mit dem Landesverwaltungsamt (Schulaufsicht) hat das Ziel, in diesem Sinne ein Aktionsprogramm für Halle zu erarbeiten.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.14 Anfrage der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung des Modells "Bürgerarbeit"
Vorlage: IV/2007/06286**

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ ins Leben gerufen. Auch von anderen Kommunen wird das Modellprojekt aufgenommen und mit den entsprechenden konkreten Bedingungen modifiziert.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. Gibt es seitens der Stadtverwaltung bzw. innerhalb der Gesellschafterversammlung der ARGE Überlegungen, ähnliche Modelle in der Stadt Halle (Saale) zu entwickeln?**
- 2. Wenn ja, welche Leistungen sollen im Mittelpunkt des Projektes stehen und wie soll die Finanzierung des Projektes aussehen?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Die Stadtverwaltung, die Gesellschafter und die Geschäftsführung der ARGE verfolgen aufmerksam die öffentliche Diskussion zur Bürgerarbeit. Für das Land Sachsen-Anhalt sind derzeit durch die Landesregierung und die Regionaldirektion SAT der BA einzelne Regionen für Modellvorhaben ausgewählt, in denen diese erprobt werden.

Die Stadt Halle ist derzeit nicht für ein solches Modell vorgesehen. Seitens der Stadtverwaltung, der Gesellschafter und der Geschäftsführung der ARGE besteht großes Interesse bei künftiger Modellerweiterung mit berücksichtigt zu werden.

Ein diesbezüglicher Antrag wird von der ARGE SGB II Halle GmbH beim Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt kurzfristig eingereicht.

Ergänzend zur Thematik Bürgerarbeit kann dazu informiert werden, dass im Dezember 2006 eine Gesprächsrunde mit Bundesminister Tiefensee zu Projektideen im Rahmen des 3. Arbeitsmarktes stattfand. Hier hat die ARGE SGB II Halle GmbH ein Modellprojekt eingereicht. Bei vorliegendem Ergebnis wird der Stadtrat unaufgefordert informiert.

zu 2.

Voraussetzung für die Umsetzung eines Modells im größeren Maßstab ist ein Zuschlag als Modellregion oder eine gesetzliche Regelung im SGB II zur Ermöglichung einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit der passiven Leistungen (Grundsicherung als Bundesleistung, Kosten der Unterkunft als kommunale Leistung) und der aktiven Arbeitsmarktleistungen, da nur in dieser Kombination eine Finanzierung von sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit ermöglicht werden kann.

Die derzeitigen Modelle in einzelnen Gebietskörperschaften sind Pilotprojekte mit Modellcharakter.

Inhaltlich sind Einsatzbereiche wie „Sauberer Schulweg“, „Friedhofskümmerer“ oder „Schülerpaten“ denkbar. Konkrete Projektideen sind hierbei noch nicht ausformuliert.

Szabados
Bürgermeisterin

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 8.15 Anfrage der Stadträtin Heidrun Tannenberg und des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - zur Bleiberechtsregelung
Vorlage: IV/2007/06287**

Wir fragen die Stadtverwaltung:

- 1. Welche Auswirkungen hat der Innenministerkonferenzbeschluss vom 17.11.2006 auf die in Halle (Saale) lebenden Ausländerinnen und Ausländer?**
- 2. Wie viele geduldete Ausländerinnen und Ausländer erfüllen die Voraussetzungen des Beschlusses zur Bleiberechtsregelung vom 17.11.2006, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten?**
- 3. Ist ab dem 01.10.2007 mit verstärkter Abschiebung für diejenigen geduldeten Ausländerinnen und Ausländer zu rechnen, die nicht die Voraussetzungen des Beschlusses zur Bleiberechtsregelung vom 17.11.2006 erfüllen?**

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im März 2007.

**zu 8.16 Anfrage der Stadträtin Elke Schwabe - WIR. FÜR HALLE. - zur städtebaulichen Entwicklung im WK 2 in Heide-Nord
Vorlage: IV/2007/06288**

Aktuell werden im Wohnkomplex 2 des Stadtteils Heide-Nord umfangreiche Abrissmaßnahmen realisiert. Im Entwurf des integrierten Stadtentwicklungskonzeptes mit Stand vom 12.09.2006 für das Stadtumbaugebiet ist für den nördlichen Bereich des WK 2 ein flächenhafter Abbruch der fünfgeschossigen Wohnbebauung und eine Nachnutzung durch individuellen Wohnungsbau in einer dem Standort angepassten Architekturform vorgesehen. Insofern soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden. Weiter wird mitgeteilt, dass mit den beteiligten Wohnungs- und Versorgungsunternehmen durch die Stadtverwaltung eine Quartiersvereinbarung geschlossen wurde.

Ich frage:

- 1. Welchen Inhalt hat die Quartiersvereinbarung?**
- 2. Welche zeitliche Abfolge ist hinsichtlich der weiteren Abrissmaßnahmen vorgesehen?**
- 3. Wann soll der betreffende Bebauungsplan aufgestellt werden?**

Antwort der Verwaltung:

zu 1.

Ziel der Quartiersvereinbarung ist ein abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten (Wohnungseigentümer, Ver- und Entsorger, Stadt Halle) beim Umbau des 2. WK in Heide-Nord, der in zwei Etappen in den Jahren 2006/2007 und 2009 erfolgen soll. Die Vereinbarung dient der Schaffung der notwendigen Planungssicherheit für alle Vertragspartner hinsichtlich der Umsetzung der geplanten koordinierten Abriss- und Aufwertungsmaßnahmen und bildet somit eine Grundlage für die angestrebte weitere nachhaltige Quartiersentwicklung.

Geregelt sind der Zeitpunkt des Abbruchs von Wohngebäuden sowie der Zeitpunkt von Leitungsumverlegungen oder Leitungstrennungen einschließlich der Kostentragung.

zu 2.

Für die weiteren zum Abriss vorgesehenen Wohngebäude der HWG ist das Jahr 2009 festgeschrieben.

zu 3.

Die Stadt hat sich verpflichtet, einen Aufstellungsbeschluss für einen von den Nachnutzungsinteressenten finanzierten Bebauungsplan für das Vertragsgebiet vorzulegen. Die Bearbeitung des Bebauungsplanes wird abhängig sein vom realisierten Abbruch und von der Mittelbereitstellung durch die Nachnutzungsinteressenten.

Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Herr Dr. Meerheim, Fraktion Die Linkspartei. PDS, fragte wann die Abrissmaßnahmen und durch welche Gesellschaften sie durchgeführt werden.

Herr Dr. Pohlack, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, verwies auf den ersten Punkt der Beantwortung durch die Verwaltung, wo auf eine Vereinbarung aller beteiligten Wohnungseigentümer, Ver- und Entsorger der Stadt Halle und die Zeitabschnitte hingewiesen werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

Frau Bürgermeisterin Szabados übernahm die Leitung der Sitzung.

zu 9 mündliche Anfragen von Stadträten

Frau Dr. Bergner, Fraktion der CDU, sagte, dass zum Band zur 1200jährigen Geschichte von Halle u. a. kritisiert wurde, dass das Register fehle. Sie fragte, ob geplant sei, dies nachzuliefern und die Festchronik zu vervollständigen.

Weiterhin bezog sie sich auf ihre Anfrage vom letzten Hauptausschuss betreffend Südstadtgymnasium zum Schüleraustausch mit einer US-amerikanischen Schülergruppe und fragte, ob das Schreiben an die Fraktionen weitergeleitet wurde.

Weiter fragte sie nach dem Antrag des Südstadtgymnasiums zur Schulnamensgebung, von denen die Stadträten keine Kenntnis erhalten haben.

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete zum Band der Stadtgeschichte, dass nichts weiter vorgesehen sei. Vielleicht habe Herr Dr. Schmidt einen anderen Kenntnisstand.

Zum Anliegen des Südstadtgymnasiums zur Namensgebung wurde sich in der Beigeordnetenkonferenz verständigt, da der Name Dorothea Erleben nicht mehr vorkomme. An die Gesamtschulkonferenz wurde das Anliegen herangetragen, wo die Antwort noch ausstehe.

Zur Frage betreffend Schüleraustausch bestätigte **Frau Ruhl-Herpertz, amt. Fachbereichsleiterin Büro OB**, dass ein Schreiben an die Fraktionen erarbeitet wird.

Frau Wolff, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, betonte zum Band der 1200jährigen Geschichte von Halle, dass sich kein Quellen- bzw. Registernachweis in dem Buch befände. Sie fragte, wer dieses Werk kontrolliert habe.

Herr Dr. Marquardt entgegnete, dass die Stadtverwaltung keine Zensur durchführe, sondern dies liege in der wissenschaftlichen Verantwortung des Herausgebers.

Frau Weiß, Fraktion der CDU, widersprach **Herrn Dr. Marquardt**. Die Stadt sei Geldgeber gewesen und könnte daher über bestimmte Formen sprechen, ohne eine Zensur auszuüben.

Herr Godenrath, Fraktion der CDU, fragte, ob jemand etwas zu dem Namensrecht „Laternenfest“ sagen könnte.

Herr Dr. Marquardt sagte, dass hierzu unter dem TOP Mitteilungen eine Information gegeben werde.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

zu 10 **Mitteilungen**

Herr Dr. Marquardt, Beigeordneter für Kultur und Bildung, informierte zum Namensrecht „Laternenfest“, dass die Stadtverwaltung zurzeit die rechtlichen Möglichkeiten prüfe. In der Beigeordnetenkonferenz wurde sich darauf verständigt, dass das Laternenfest in einer veränderten modifizierten Betreiberform durchgeführt werden soll. Die Stadt soll in einer Arbeitsgruppe wieder stärker in der Verantwortung sein, d. h. es soll keine Ausschreibung für eine Gesamtbetreiberung erfolgen, sondern ein öffentlicher Teilnahmewettbewerb bezogen auf die Versorgungs- und Getränkelieferungsrechte. Unter der Verantwortung des Kulturbüros werden gemeinsam mit der Stadtmarketinggesellschaft die Problemfelder Sponsoring, Vermarktung, aber auch die Erarbeitung des inhaltlich organisatorischen Konzeptes erfolgen.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates beendete die 30. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Dagmar Szabados
Bürgermeisterin

Kraft
Protokollführerin